

## **Inhalts- und Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt**

### unter Zuladung des Ausschusses für Wirtschaft, Forschung und Technologie

20. Sitzung  
30. Januar 2013

Beginn: 11.02 Uhr  
Schluss: 13.19 Uhr  
Vorsitz: Dr. Manuel Heide (CDU)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

##### Lärminderungsplanung

**Marion Platta** (LINKE) fragt, wie die vom Verkehrslärm am stärksten Betroffenen, insbesondere Betroffene ohne Internetzugang, über den neuen Online-Dialog zur Fortschreibung des Lärmaktionsplans informiert und daran beteiligt würden. Wie könne die Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern besonders belasteter Quartiere, z. B. über Quartiersräte, an der Lärmwerkstatt garantiert werden?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) stellt fest, dass die Lärminderungsplanung und die Fortschreibung des Lärmaktionsplans in der letzten Woche öffentlich vorgestellt worden seien. Darauf habe es ein großes Medienecho gegeben, das schon stark zur Information der Betroffenen beitrage. Am Tag der Pressekonferenz habe auch eine Multiplikatorenveranstaltung stattgefunden, auf der Vereine und Verbände eingeladen worden seien, sich zu beteiligen. Zudem werde die Bevölkerung mittels einer Postkartenaktion informiert.

Man habe zwar den Schwerpunkt der Partizipation auf den Online-Dialog gelegt, und es seien auf diesem Weg bereits viele Stellungnahmen eingegangen, aber man könne sich auch auf dem Postweg und per Telefon beteiligen oder Anregungen direkt bei SenStadtUm bzw. auf

einer der Veranstaltungen, u. a. den beiden Lärmwerkstätten, vorbringen. Wer keinen privaten Internetzugang habe, könne beispielweise die technischen Möglichkeiten der Bibliotheken nutzen, wo auch Hinweise auf die Aktion auslägen.

**Marion Platta** (LINKE) möchte wissen, wie auf gehäufte Meldungen aus bestimmten Bereichen reagiert werde. Habe das Einfluss auf die Messungen?

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) erklärt, dass die Lärmkarten Grundlage für die Fortschreibung des Lärmaktionsplans gewesen seien. Wenn sich jetzt noch bestimmte Schwerpunkte ergäben, seien Nacharbeiten möglich.

### Energiewende

**Michael Schäfer** (GRÜNE) fragt, wie Senator Müller den Vorschlag von Bundesumweltminister Altmaier bewerte, die Energiewende auszubremsen und die indirekten Subventionen für energieverbrauchende Unternehmen lediglich um 10 Prozent zu senken.

**Bürgermeister Michael Müller** (SenStadtUm) schickt vorweg, dass der Vorgang noch zu frisch sei, um ihn abschließend zu bewerten. Es sei notwendig, sich mit den Folgekosten der Energiewende in allen Facetten auseinanderzusetzen. Die momentanen Vorschläge erschienen ihm aber eher ein „Schnellschuss“ zu sein, denn das weitere Vorgehen sei noch unklar. Ein Unterbrechen oder Stoppen der Energiewende hielte er für fatal.

### Barrierefreiheit am Bahnhof Friedrichstraße

**Philipp Magalski** (PIRATEN) interessiert, wann der Barrierefreiheit am Bahnhof Friedrichstraße wieder hergestellt sei.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) teilt mit, dass die Sanierungsarbeiten am Bahnhof Friedrichstraße unerlässlich und unaufschiebbar seien. Solange diese andauerten, könne die Deutsche Bahn die Barrierefreiheit nicht durchgängig sicherstellen. Seine Verwaltung werde darauf drängen, dass Alternativangebote gemacht würden. Das könne z. B. ein Shuttleservice sein.

**Philipp Magalski** (PIRATEN) informiert, dass der Deutsche Bahnkundenverband zu diesem Thema keine befriedigende Auskunft erhalten habe.

Er bitte den Senat, mit Nachdruck die Herstellung der Barrierefreiheit zu fordern.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) versichert, dass der Senat seine Meinung gegenüber der Deutschen Bahn deutlich äußere.

Der Deutsche Bahnkundenverband sei einer von mehreren Fahrgastverbänden. Er bitte um Nachsicht, wenn die Verwaltung den Deutschen Bahnkundenverband nicht immer unmittelbar über ihr Handeln informiere. Die Hinweise, die der Deutsche Bahnkundenverband gebe, würden aber in jedem Fall ernst genommen und nach Möglichkeit umgesetzt.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

- |    |  |   |
|----|--|---|
| a) | Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU<br>Drucksache 17/0704<br><b>Grundsätze eines neu zu gründenden integrierten<br/>Energiedienstleisters als Tochtergesellschaft der<br/>BSR</b> | <a href="#">0075</a><br>StadtUm(f)<br>Haupt<br>WiFoTech |
| b) | Antrag der Fraktion Die Linke, der Fraktion Bündnis<br>90/Die Grünen und der Piratenfraktion<br>Drucksache 17/0706<br><b>Neue Energie für Berlin</b>   | <a href="#">0076</a><br>StadtUm(f)<br>Haupt<br>WiFoTech |
| c) | Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU<br>Drucksache 17/0705<br><b>Siebtes Gesetz zur Änderung der<br/>Landeshaushaltsordnung</b>  | <a href="#">0077</a><br>StadtUm(f)<br>Haupt<br>WiFoTech |

Ich darf grundsätzlich sagen, dass wir hier als federführender Ausschuss auf ein Votum der mitberatenden Ausschüsse angewiesen sind. Das ist bei uns der Ausschuss für Wirtschaft, Forschung und Technologie. Dieses liegt noch nicht vor, sodass wir heute über diese Anträge nicht abstimmen können. Aber da wir sowieso den Grundsatz haben, dass wir hier ein Wortprotokoll führen und dieses vor Abstimmung vorliegen soll, bin ich optimistisch, dass wir es relativ zeitnah hinkriegen. Das ist eben der Nachteil, wenn wir Dinge, nachdem sie eingebracht worden sind, relativ zeitnah hier im Ausschuss behandeln – so wie es eigentlich sein sollte. Wir werden dieses Wortprotokoll dann auch dem mitberatenden Ausschuss übermitteln. Ich werde dies ggf. auch mit dem Kollegen Ausschussvorsitzenden noch einmal besprechen. Das Wortprotokoll dieser Anhörung wird auch den Anzuhörenden – Sie waren ja alle schon öfter hier – zur Einsicht zur Verfügung gestellt.

Wir haben bislang die schriftlichen Stellungnahmen der Berliner Energieagentur und des Berliner Energietisches erhalten. Nachdem ich unsere Gäste eingangs schon begrüßt habe, ist es guter Usus, dass die Fraktionen das Wort zur Begründung ihrer Anträge haben, wenn dieses gewünscht wird. Ich gehe davon aus, dass die Begründung dieser drei Anträge gemeinsam erfolgt. Das heißt, ich möchte nicht dreimal jeweils eine Begründung haben, sondern ich würde eine Begründung machen, ganz unproblematisch auf der linken Seite anfangen und dann einmal durchgehen. – Ich weiß, meine Fraktion sieht das etwas anders, aber Sie sind dran, Herr Buchholz!

**Daniel Buchholz (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Frau Gäde-Butzlauff! Meine Herren! Vielen Dank, dass Sie da sind! Wir beschäftigen uns ja nicht zum ersten Mal mit dem Thema, und wir haben auch schon in der Aktuellen Viertelstunde gemerkt: „Energiewende gestalten“ ist ein Thema, das nicht nur im Land Berlin, sondern auch in der ganzen Bundesrepublik vorherrschend und wichtig ist und wo wir schauen müssen, welchen Beitrag wir als kleiner Stadtstaat dazu leisten können und müssen, um diese Energiewende zu gestalten und auch unsere Klimaschutzziele – der Senator hat es am Anfang erwähnt – zu erreichen.

Deswegen hat die Koalition aus SPD und CDU zwei – ich denke, das kann man ohne Übertreibung sagen – wegweisende Anträge hier ins Parlament eingebracht, die sehr konkret Wege aufzeigen, wie wir das in Berlin angehen können. Wir haben natürlich im Hintergrund ein Volksbegehren – das ist uns allen bekannt –, wo es auch eine Initiative von Bürgerinnen und Bürgern gibt, ein Stadtwerk zu gründen. Wir haben hier zwei Anträge. Zum einen wollen wir die Landeshaushaltsordnung ändern und fordern die BSR auf, eine eigene Energietochter zu gründen. Zum anderen haben wir einen Antrag, wo wir für diese Energietochter auch schon inhaltlich sehr detailliert Maßgaben und Zielvorgaben aufgeschrieben haben, was dort zu tun ist und welche Anstrengungen konkret zu übernehmen sind, um die Energiewende und auch die Hinwendung zu erneuerbaren Energien hier in Berlin zu gestalten.

Wir wollen dafür die bisherigen Aktivitäten des Landes Berlin bündeln, wir wollen sie weiterentwickeln und diese Aktivitäten in einem neu zu gründenden Unternehmen zusammenfassen. Das – so stellen wir uns das vor – ist gut möglich als Tochtergesellschaft der BSR, aber es hat ja auch einen Grund, dass wir u. a. die Energieagentur heute eingeladen haben. Wir wollen auch hören: Gibt es von Ihrem Unternehmen Überlegungen? Wie weit sind die? Wie weit können Sie sich das vorstellen? – Gerade die Energieagentur hat eine sehr breite Expertise, was den Bau und den Betrieb von Blockheizkraftwerken, Solaranlagen und weiteren Dingen angeht, durch die auch Endkunden tatsächlich mit Strom beliefert werden. Wie sehen Sie sich dort aufgestellt? Können Sie sich auch eine Zusammenarbeit in dieser oder einer anderen Form vorstellen? Wenn wir als Koalition, als Abgeordnetenhaus sagen: Wir wollen ein neues landeseigenes Unternehmen gründen –, dann soll das eine wirtschaftliche Betriebsführung haben. Wir wollen gleichzeitig sozial-, umwelt- und strukturpolitische Grundsätze dort erfüllt sehen, und wir wollen das auch in einer vorbildlichen Transparenz sehen, das heißt für uns, dieses Unternehmen in maximal möglicher Offenheit zu führen, was die Unternehmensleitlinien angeht, was die Transparenz für die Öffentlichkeit angeht, auch neue Maßstäbe zu setzen.

Da haben wir uns auch das angeschaut, was das Volksbegehren vorlegt. Wir glauben allerdings, dass da mitunter auch über das Ziel hinausgeschossen wird. Wenn man – ich überspitze das mal – zukünftig in jedem Bezirk jeden Verwaltungsrat einzeln wählen möchte, der dann zwar den vollen Durchblick, aber keine Verantwortung im Sinne von Haftung eines Aufsichtsrats hat, dann könnte das schwierig werden in der Praxis. Wir wollen das konkreter machen, u. a. mit einem Beirat für das neue Unternehmen, bei dem Mitglieder, die das kontrollieren, auch vom Abgeordnetenhaus gewählt werden, und das sollen nicht nur Abgeordnete sein.

Schließlich wollen wir, was die gesellschaftsrechtliche Struktur angeht, ein schlagkräftiges Unternehmen. Wir haben bisher in der Formulierung eine Beschränkung auf selbstproduzierte erneuerbare Energien drin. Ich habe das schon mal im Plenum angedeutet: Wenn wir das ernst meinen, dann wäre das am Anfang eine sehr starke Beschränkung. Vielleicht können wir von Ihnen noch mal die Zahlen hören, ob das überhaupt möglich ist oder ob man das nicht schon am Anfang auf die Vermarktung von erneuerbaren Energien ausweiten muss, die man für einen Übergangszeitraum auch selbst einkauft, bevor man sie selbst produziert, z. B. mit größeren Windanlagen außerhalb von Berlin. – Ich glaube, das reicht erst mal als Begründung. Ich hoffe auf Ihre wertvollen Hinweise für uns als Abgeordnetenhaus für das weitere und dann schnelle Vorgehen. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Herr Wolf!

**Harald Wolf (LINKE):** Von unserer Seite liegt ja ein Antrag vor, der das Anliegen eines ökologisch produzierenden Stadtwerks grundsätzlich unterstützt. Das ist ein Antrag, der gemeinsam von allen Oppositionsfraktionen gestellt wurde. Wir haben nur – das habe ich auch in der Plenardebatte deutlich gemacht – unsere Skepsis angemeldet, dass man zu einem Stadtwerk kommt, indem man über eine Gesetzesänderung im Berliner Betriebsgesetz dekretiert, dass das Stadtwerk als Tochter der Berliner Stadtreinigung entsteht, ohne dass überhaupt erst mal geklärt wird, in welchen Feldern dieses Stadtwerk aktiv werden soll, welches Geschäftsmodell dem Ganzen zugrunde liegt, welche Kooperationsmöglichkeiten mit den kommunalen Unternehmen vorhanden sind, und dann die Frage klärt – wenn man weiß, was man will –, wie man es gesellschaftsrechtlich machen kann. Ich stelle mir z. B. die Frage: Ist es überhaupt möglich – ich bezweifle das ernsthaft –, eine Anstalt öffentlichen Rechts als Tochter einer Anstalt öffentlichen Rechts zu bilden? – Jenseits der rechtlichen Frage ist die Frage, ob es sinnvoll ist. Ich hatte ja in meiner früheren Tätigkeit als Wirtschaftssenator die Entwicklungsplattform Berlin Energie mit ins Leben gerufen. Dort war die Überlegung, eben nicht eine Tochtergesellschaft der BSR zu bilden, sondern ein neues Unternehmen, eine neue Plattform, die dann Kooperationsstrukturen für die kommunalen Unternehmen anbietet. Man muss dann auch die Frage klären: Was ist Eigenbedarf der kommunalen Unternehmen? Wie sieht das Lastprofil der kommunalen Unternehmen aus? Gibt es Überschüsse aus den Eigenkapazitäten, die vermarktet werden können? Wir wissen ja, auch bei der BSR gibt es einmal über Ruhleben eine erhebliche Energieerzeugungskapazität, die gleichzeitig aber vertraglich über einen längeren Zeitraum gebunden ist, denn der Dampf wird gegenwärtig an Vattenfall geliefert. Wenn man das nicht will und das zur eigenen Stromerzeugung verwenden will, muss man sich dafür entscheiden, diesen Vertrag zu kündigen und in eine eigene Turbine zu investieren. Dann ist die Frage: In welchen Kooperationsstrukturen macht man das? Wenn man auch in den Vertrieb gehen will, stellt sich natürlich die Frage: Hat man die Kompetenz, um an der Strombörse agieren zu können? Hat man das entsprechende IT-System, das man dafür braucht? Wie baut man dieses Know-how auf? Das sind alles Fragen, die bei der Bildung eines solchen Stadtwerks geklärt werden müssen.

Wir sind sehr daran interessiert, dass diese Diskussion intensiv geführt wird. Wir sehen auch die Exekutive in der Pflicht, dass hier auch entsprechende Vorschläge und Konzeptionen gemeinsam mit den kommunalen Unternehmen entwickelt werden. Und wenn die Frage Geschäftsmodell/Aktivitätenfelder geklärt ist, dann kann und sollte man auch die Frage klären: Wer sind die Akteure? Welche Gesellschaftsform ist hier angemessen? Insofern, glaube ich, ist hier mit dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen der letzte Schritt vor dem ersten gemacht worden. Ich hoffe, wir können bei diesem Thema im gemeinsamen Interesse – denn alle Fraktionen wollen das ja, zumindest die Oppositionsfraktionen und die SPD, die CDU duldet es mittlerweile wohlwollend und freundlich – zu einem guten Ergebnis zu kommen. Ich glaube, dass hier für Berlin eine große Chance liegt, wenn man das Thema vernünftig angeht.

Ein Punkt, den man auch noch diskutieren sollte in dem Zusammenhang, ist, ob man nicht auch noch kommunale Kooperationspartner findet, die Erfahrungen und Kapazitäten und auch Managementkapazitäten in ein solches Unternehmen einbringen können. Mein Interesse ist: Ich will nicht einfach ein Unternehmen haben, dass sozusagen als Nischenanbieter die Aktivitäten von Vattenfall mit einem grünen Mäntelchen bekleidet, sondern ich will als Stadtwerk

ein Unternehmen haben, das wirklich in der Lage ist, auf dem Markt relevante Marktanteile zu erobern, um dann auch für Vattenfall ein ernsthafter Konkurrent zu sein. Das verlangt einiges mehr an Anstrengungen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Herr Prieß!

**Wolfram Prieß (PIRATEN):** Ich will es kurz machen: Uns als Piratenfraktion ist sehr daran gelegen, dass wir die wichtige Infrastruktur einer Energieversorgung wieder in der Hand der Berliner haben. In dem Sinne unterstützen wir auch die Gründung eines Stadtwerks, das als Energieversorger tätig werden soll. Aus diesem Grund finden wir diese Besprechung sehr wichtig und haben den Antrag z. T. mitgetragen – Das ist jetzt auch schon alles.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Herr Schäfer!

**Michael Schäfer (GRÜNE):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir sind sehr gespannt auf die heutige Anhörung und die Besprechung hier. Herr Melzer hatte ja in der Dezembersitzung des Abgeordnetenhauses für die Koalition angekündigt, dass sie die parlamentarische Beratung dieser Gesetzentwürfe sehr ernst nehmen will. Das begrüßen wir außerordentlich. Ich finde, wir haben hier eine sehr große Chance. Wir sind uns in den Zielen, was den Gebäudebestand, was die erneuerbaren Energien 2050 in Berlin angeht, weitestgehend einig. Wir sind uns einig, dass ein Stadtwerk ein Instrument sein kann, das einen wichtigen Beitrag dazu leistet. Ich glaube, wir stehen hier vor der Chance, dass wir fraktionsübergreifend eine gute Struktur und ein gutes Stadtwerk beschließen können. Ich würde mich freuen, wenn wir das nutzen.

Ich habe – ähnlich, wie Herr Wolf das formuliert hat – auch große Zweifel daran, ob die Organisation als Tochter der BSR – auch wenn die BSR sicherlich sehr viel Know-how bei der energetischen Verwertung von Reststoffen einbringen könnte –, ob die Aufstellung als alleinige Tochter eines landeseigenen Unternehmens die richtige Struktur ist, die Möglichkeiten eröffnet, statt Möglichkeiten zu schließen. Wir als Grüne plädieren deshalb sehr dafür, dass wir uns noch mal genauer angucken, ob es nicht Sinn macht, ein eigenständiges Unternehmen zu gründen, das sicherlich auf der Kompetenz der bestehenden landeseigenen Unternehmen oder von Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist – wie die Berliner Energieagentur –, aufbauen kann. Wir glauben, dass das sinnvoller ist, denn wie soll z. B. eine BSR-Tochter energetische Effizienzmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden organisieren? Hat sie die Kompetenz dafür? – Eher nicht. Wie soll eine BSR-Tochter die anderen Ziele, die wir mit diesem Stadtwerk verfolgen, bei erneuerbaren Energien erreichen? Ist sie da die Beste, um die auszubauen, oder haben wir nicht woanders im Land bessere Kompetenzen, die man da auch mit zu Rate ziehen sollte? Deshalb würden wir sehr dafür werben, dass wir das hier noch mal ergebnisoffen besprechen.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte: Ich würde im Anschluss an die Anzuhörenden auch gern vom Senat hören, wie er die Vorschläge der Koalitionsfraktionen bewertet. Ich würde von Ihnen, Herr Müller, gern wissen, wie der Senat den Prüfauftrag der Koalition zur Gründung eines Stadtwerks, der im Koalitionsvertrag steht, umgesetzt hat, was dabei herausgekommen ist, welche Ziele Sie für ein Stadtwerk sehen, welche Aufgaben, welche Struktur, welche Finanzausstattung Sie für nötig halten. Sie haben natürlich mehr als die Koalitionsfraktionen den Zugang zu Experten in der Verwaltung, die das ausarbeiten können. Ich hoffe,

Sie haben es getan. Es wäre nett, wenn Sie uns da auf den aktuellen Stand bringen würden. Das würde uns sicher bei der Beratung sehr helfen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Herr Melzer!

**Heiko Melzer (CDU):** Vielen Dank! – Die Koalitionsfraktionen haben ja Vorschläge zur Gründung eines integrierten Energiedienstleisters eingebracht, der verschiedene Aufgaben erfüllen soll. Produktion und Vertrieb von selbstproduzierter regenerativer Energie, aber auch Energieeffizienz und energetische Sanierung sind ja in unseren parlamentarischen Initiativen angesprochen worden. Insofern, Herr Wolf, wenn Sie kritisieren, das sei heute noch nicht konkret genug und noch nicht bis zum Ende alles feingliedrig durchdacht, dann will ich Ihnen sagen: Das ist zumindest schon mal mehr, als der Vorgängersenaat, dem Sie angehört haben, vorgelegt hat, nämlich Berlin Energie, eine Hülle mit einer Person. Das war tatsächlich keine Plattform. Wir sind da gemeinsam einen Schritt weitergegangen.

Ich möchte Herrn Schäfer recht geben: Es geht jetzt darum, in den nächsten Schritten sehr intensiv über die unterschiedlichen Möglichkeiten zu beraten, wie man die Ziele der Energiewende, der Energieeffizienz, der energetischen Sanierung und der stärkeren Versorgung des Landes mit regenerativer Energie umsetzen kann. Dazu haben wir verschiedenen Grundsätze formuliert. Des Weiteren geht es darum, wie man erreichen kann, dass dieses Unternehmen dann auch wirtschaftlich aufgestellt ist. Herr Buchholz hat dankenswerterweise schon darauf hingewiesen. Es ist uns auch sehr wichtig, dass wir im Rahmen einer kaufmännisch ordentlichen Aufstellung für dieses Unternehmen deutlich machen: Es muss einen vernünftigen Businessplan geben. Dieses Unternehmen muss wirtschaftlich aufgestellt sein und auch eine angemessene Gewinnerzielungsabsicht haben. Das gilt im Übrigen auch für andere Überlegungen in der kommunalen Beteiligung. Ich habe neulich was von der S-Bahn gehört. Auch hier muss man immer auf kaufmännisch und wirtschaftlich optimale, vernünftige Strukturierung achten.

Und wir haben auch gesagt, Transparenz, Prüfungsrechte des Rechnungshofs und auch Einflussmöglichkeiten, Beteiligungsmöglichkeiten über Beiratsstrukturen sollen gegeben sein. Ich glaube, das ist eine sehr gute Grundlage, auf der wir jetzt diskutieren können. Bei all dem sind Kooperationen von Anfang an auch in unserem parlamentarischen Antrag möglich. Wir wissen sehr wohl, dass die Energieagentur über langjährige Erfahrungen in diesen Segmenten verfügt, dass es dort schon erfolgreiche Strukturen gibt, und dass man auch das sinnvoll miteinander kombinieren kann, scheint uns zumindest diskussionswürdig zu sein. Insofern freue ich mich, Frau Gäde-Butzlaff, Herr Geißler, dass Sie heute das eine oder andere zu dem Thema aus Ihrer Perspektive ausführen können und Herr Dr. Taschner, der ja das Volksbegehren begleitet – obgleich in einer vorherigen Anhörung dazu auch schon was gesagt worden ist –, vielleicht auch noch mal aus seiner Sicht sagen kann, was diskussionswürdige Aspekte sind. Das ist ein ernsthafter Umgang mit diesem Thema im Parlament heute in der Anhörung und in den weiteren Wochen bei der Auswertung und weiteren Beratung in den Ausschüssen. Wir nehmen das, Herr Schäfer, tatsächlich ernst.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Nachdem wir die Vorstellungen der Parteien und eine Vielzahl von Fragen und Anregungen gehört haben, würde ich das Wort an die Anzuhörenden richten. – Frau Gäde-Butzlaff, wollen Sie beginnen, Ihre Planungen darzulegen, vielleicht auch den Zeithorizont, welche finanziellen Mittel aus Ihrer Sicht dort erforderlich sind und ob Sie einen Businessplan dafür haben? Herr Geißler, vielleicht könnten Sie dann ergänzen, und Herr Taschner schließt dann den Kreis der Anzuhörenden. Ich gehe davon aus, dass wir danach noch eine Fraktionsrunde mit Fragen machen und Sie dann die Gelegenheit haben, auf diese Fragen zu antworten. – Frau Gäde-Butzlaff, Sie haben das Wort!

**Vera Gäde-Butzlaff** (Berliner Stadtreinigungsbetriebe): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielleicht erlauben Sie mir, erst mal meiner Freude Ausdruck zu geben, auch im Namen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass die BSR hier, ich glaube, parteiübergreifend als Akteur und Faktor für dieses wichtige Thema gesehen wird. Ich denke, das ist der Lohn für die doch jetzt sehr lange Arbeit, die gezeigt hat, dass man ein kommunales Unternehmen ökologisch, sozial und trotzdem wirtschaftlich betreiben kann. Wir weisen ja immer wieder darauf hin, dass wir trotz dieser für Berlin fast einzigartigen Errungenschaften in vielen Bereichen auch bei den Gebühren für die Berlinerinnen und Berliner führend sind, dass das registriert wird und wir auch mit unseren Themen der Nachhaltigkeit Erfolg haben.

Dass wir als kommunales Unternehmen mit dieser Intention natürlich die Planungen, die Energieerzeugung, den Energiehandel auch wieder in kommunale Hände zu geben, begrüßen, wird hier niemanden überraschen. Wir haben uns ja häufig zu dem Thema geäußert und auch gesagt, dass wir den Begriff – und wenn er noch so antiquiert sein sollte – der Daseinsvorsorge und dessen, was Bürger in der Stadt sich als Minimum vom Staat vorstellen, durchaus ernst nehmen. Wir haben ja auch schon im Rahmen der Energieplattform, die wir in der letzten Legislaturperiode begleitet haben, deutlich gemacht, gemeinsam mit den Mehrwertunternehmen und anderen kommunalen Unternehmen, dass wir uns durchaus als Partner eines solchen kommunalen Energiedienstleisters sehen und natürlich auch ein großes Interesse daran hätten, das, was wir im Moment erzeugen – wir haben damals den Begriff des „Nebenversorger“ geprägt –, in einen solchen kommunalen Betrieb einzubringen.



Was machen wir im Moment? – Wir sind als gebührenfinanziertes Unternehmen natürlich gehalten, die optimale Wertschöpfung aus den uns überlassenen Stoffströmen herauszuholen, sowohl wirtschaftlich als auch ökologisch die Dinge so verwerten, wie es den Stoffströmen angemessen ist, und auch, um die Gebühren weiter niedrig und stetig zu halten, den wirtschaftlich besten Weg zu wählen. Bei dem, was wir als „Nebenversorger“ bezeichnet haben, ist ein ganz großer Faktor das Müllheizkraftwerk Ruhleben. Dort erzeugen wir mit Material, das ohnehin da ist – ich glaube, man muss sich nicht zu intensiv mit der Frage beschäftigen, ob das gesetzlich eine erneuerbare Energie ist oder nicht, es ist auf jeden Fall eine Energie, die aus dem gewonnen wird, was verwertet werden muss –, 180 000 Megawatt pro Jahr. Das ist durchaus eine Hausnummer. Mit dieser Energie werden 100 000 Haushalte versorgt. Das ist sicher im Verhältnis zu dem, was sonst in Berlin bisher aus erneuerbaren Energien kommt – was ja sehr wenig ist –, durchaus ein wichtiger Faktor. Es gibt auch weitere Vorhaben, wo z. B. Deponiegas und Ähnliches gewonnen wird, allerdings in kleinen Maßstäben.

Es ist in der Tat so, dass wir entsprechend unseres gesetzlichen Auftrags, der auf das Kerngeschäft fokussiert ist, die Strategie hatten, über diese Energieerzeugung auch die Gebührentlastung herbeizuführen. Das macht mehr als 5 Prozent aus, die sonst der Gebührenzahler mehr zahlen müsste, und kann auch noch weiter ausgebaut werden. Auf diesem Weg haben wir uns allerdings – das muss man auch ganz deutlich sagen – vertraglich auch relativ langfristig gebunden. Wir geben den in Ruhleben erzeugten Dampf – das wurde schon gesagt – an Vattenfall weiter. Wir haben in der Vergangenheit häufiger Überlegungen angestellt, ob man sich damit selbstständig machen sollte durch eine eigene Turbine, einen eigenen Bilanzkreislauf. Das ist in der Vergangenheit aus wirtschaftlichen Gründen wegen der Vertragsgestaltung, die sehr optimale Ergebnisse gehabt hat, negativ entschieden worden, ist aber selbstverständlich eine Option sowohl für die BSR selbst als auch für einen Energiedienstleister, der diese Investitionen in Turbine und Bilanzkreislauf leistet. Dann wäre es für die BSR schön, das an diesen Partner – egal, ob es eine eigene Beteiligung ist oder nicht – weiterzugeben. Also diese Kooperation ist durchaus gewollt, und die betrifft auch die anderen Energieerzeugungsmöglichkeiten, die allerdings bei den erneuerbaren Energien bisher noch sehr bescheiden sind. Ich glaube, ich erzähle hier nichts Neues, wenn ich sage: Es gibt eine Windkraftanlage in Berlin, an einer zweiten sind wir beteiligt. Das Genehmigungsverfahren zieht sich. Ob es klappt, muss man sehen. Aber auch wenn es sich gut anhört, dass wir dann diese Energie aus Wind um 100 Prozent steigern würden, ist es doch leider nur eine zweite Anlage, sodass man sicher auch ins Umland gehen müsste. Aber das wären schon Details.

Zusammenfassend: Wir sehen uns als Kooperationspartner. Wir haben mehrfach deutlich gemacht, dass wir uns nicht unbedingt sofort als das führende Unternehmen hier sehen. Warum? – Nicht, weil wir besonders zurückhaltend oder bescheiden sind, sondern weil wir, da wir bisher unser Engagement darauf gesetzt haben, diese Energie für den Gebührenzahler möglichst wirtschaftlich zu verwerten – das auch gebührenmäßig nie hätten begründen können und auch nicht vom Geschäftszweck der BSR her –, keine energiewirtschaftliche Kompetenz in unserem Unternehmen vorhalten, was Vermarktung, Handel und Mittun auf dem Markt angeht, sodass wir vergleichbar einem selbstständig zu gründenden neuen Unternehmen all dieses Know-how einkaufen und aufbauen müssten. Ob das der richtige Weg ist, das möge hier entschieden und diskutiert werden.

Ein Punkt, den ich noch ansprechen möchte, ist, dass wir uns gerade auch in der Mehrwertinitiative einig waren, dass die Bündelung all dessen, was vorhanden ist, ein wichtiger Aspekt wäre. Da ist natürlich das Thema der unterschiedlichen Geschäftsmodelle zu beachten und wie man das Ganze einbringen kann. Auch da müssten wir noch einige Tarifvertrags- und sonstige Fragen klären, ob das, wenn das im Rahmen der BSR – wie auch immer – geschieht, einfacher oder schwieriger wäre. Da hängen noch diverse steuerrechtliche und ähnliche Fragen dran. Ich erinnere noch mal: Wir sind in dem recht starren Gebührenrecht und haben auch die Verpflichtung, in diesem kommunalen Bereich die Erfolgsgeschichte weiterzuschreiben, sodass wir jedes Modell daraufhin überprüfen müssten, ob es genauso sinnvoll ist wie die bisherigen Modelle.

Nichtsdestotrotz noch mal: Wir sind auf jeden Fall dabei, sei es als Kooperation, wenn es gewünscht wird, sei es, dass wir uns gern einbringen würden, wenn es ein eigenständiges Unternehmen würde, egal ob als Gesellschafter oder durch das, was wir erzeugen. Und bei dem, was die Gesellschaft machen müsste, nämlich Entwicklung und Vertrieb von Ökoprodukten, Investitionen in erneuerbare Energien und natürlich auch Aufbau des Management-Knowhows, würden wir gern zur Verfügung stehen mit dem Zusatz, dass sich doch noch sehr viele Fragen stellen für uns, auch was den Entwurf angeht. Nach unserer Prüfung können wir als BSR eine Tochter als GmbH gründen, für die dann die normalen Aufsichtsgremien, die es schon gibt, zuständig wären. Man müsste sehen, ob das mit den Zielen, die die Koalition in ihrem Antrag verfolgt, vereinbar ist. Es wäre auch die Frage zu stellen: Wer verantwortet die wirtschaftlichen Ergebnisse? Da spreche ich jetzt noch mal ganz in meiner Funktion, die BSR zu schützen. Sie ist ein Erfolgsmodell, und wenn wir eine Beteiligung haben oder uns auch an einer beteiligen, dann soll das so bleiben. Es ist eben schon angesprochen worden: Es soll ein wirtschaftliches Unterfangen sein, und dazu gehört dann auch – das will ich hier nur streifen, das ist sicher jedem bewusst – die nötige Kapitalausstattung, zu der wir bisher noch nichts gehört haben. Ich will nicht unbedingt auf München abstellen, die jetzt verkündet haben, dass sie mit ihrem Stadtwerk, um die ganze Stadt bis 2025 mit erneuerbaren Energien zu versorgen, 9 Milliarden Euro investieren wollen. Aber auch Hamburg Energie, die ja sehr klein angefangen haben im Handel und mit einzelnen Anlagen, haben eine entsprechende Kapitalausstattung gebraucht. Da ist meine Meinung, dass es sich nicht unterscheidet, ob das nun eine Tochter der BSR oder ein eigenständiges Unternehmen ist. – Vielleicht so viel zur Position der BSR vorab.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Vielen Dank! – Herr Geißler!

**Stefan Geißler** (Berliner Energieagentur): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen! Meine Herren! Ich möchte mich zunächst auch für die Einladung bedanken und sehe das wie Frau Gäde-Butzlaff auch als Anerkennung der Arbeit, die die Energieagentur seit 20 Jahren in der Stadt und für die Stadt macht. Ich habe Ihnen im Vorfeld eine Stellungnahme zukommen lassen. Ich werde mich an der entlanghangeln und vor allen Dingen auf die Fragen, die schon kamen – Stromaufkommen aus Erneuerbaren, insbesondere aus Berlin, wie groß kann das sein, zu was kann das ausreichen, auch im Hinblick auf ein sogenanntes Ökostadtwerk, wie ist eine wirtschaftliche Betriebsführung möglich? –, implizit in meinen Ausführungen eingehen.

Grundsätzlich: Ausgehend von den Daten, die auch wir als Berliner Energieagentur im Auftrag des Landes zum Energiekonzept 2020 erhoben haben, das ja aktuell Bestand hat und eine CO<sub>2</sub>-Minderung von 40 Prozent bis 2020 erzielen will, muss man sich vor Augen führen, dass

das Ausbaupotenzial von Strom aus Erneuerbaren damals wie heute, doch einigermaßen konservativ geschätzt, bis 2020 von 5 auf maximal 17 Prozent des Endenergieverbrauchs steigerbar ist. Das ist für Berlin sicherlich eine Ambition, aber im Vergleich zu anderen Regionen, auch ländlich geprägten Regionen, ein kleines zur Verfügung stehendes Potenzial. Wir haben hier nicht die Möglichkeiten – ich will das nur noch mal cursorisch erwähnen –, in Größenordnungen in rentable Windenergieanlagen zu gehen, auch wenn wir im Energiekonzept schon davon ausgegangen sind, dass auf Stadtgütern etc. entsprechende Kapazitäten, die den Stand von 2009 bis 2020 verdoppeln, erzielt werden.

Wir haben die Situation, dass in großen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die fernwärmegebunden arbeiten, auf Biomasse umgestellt werden kann. Aber wenn ich unterstelle, dass ein ökologisches Stadtwerk vor allen Dingen dezentrale und damit auch erneuerbare Potenziale erschließen kann, dann muss man sich vor Augen führen, dass die im Wesentlichen zunächst – vielleicht in längerer Perspektive dann auch erneuerbar – auf dezentraler kleinerer Kraft-Wärme-Kopplung basieren werden. Wir sind davon ausgegangen – das halte ich auch heute noch für realistisch –, dass bis 2020 – aktuell sind es 700 KWK-Anlagen unterschiedlichster Größe – 2 000 – in Stückzahlen gesagt – erzielbar sind. Das heißt dann, dass wir, wenn man dieses Potenzial aus kleiner KWK und potenziellen erneuerbaren Energien dazuzählt, selbstverständlich auch zukünftig weiterhin Photovoltaik, in der Lage sein werden, in Berlin 2 000 Gigawattstunden pro Jahr zu erzeugen, mal die aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen angenommen. Das könnte rein bilanziell dazu ausreichen, um 1 Million Haushalte in Berlin zu versorgen – das jetzt nur mal als rechnerische Größe genannt. Nichtsdestotrotz müssen diese Potenziale auch erst wirtschaftlich erhoben werden.

Wenn man sich dann mal anguckt: Was ist aktuell an derartigen, von Ihnen in den Anträgen ja auch adressierten Stromerzeugungskapazitäten in Berlin vorhanden? –, dann muss man sehen – wie Frau Gäde-Butzlaff gerade schon für die BSR gesagt hat –, dass ein wesentlicher Teil dieser Erneuerbaren-Anlagen auf Basis des aktuellen oder vorherigen Erneuerbare-Energien-Gesetzes gebaut sind, sodass diese Anlagen an die damaligen Stromerzeugungskosten entsprechend gebunden sind. Die dann in eine möglicherweise Verwertung des Stroms zu drehen, in einen Stromvertrieb zu Haushalten beispielsweise, wird aktuell nicht möglich sein, ist von den Transaktionskosten her nicht möglich, oder es ist schlicht so, dass sie andere Opportunitäten haben. Eine Photovoltaikanlage haben Sie vor drei Jahren noch zu Stromerzeugungskosten von vielleicht 32, 33 Cent pro kWh erzeugtem Strom errichtet. Die ist auch mit diesem Erneuerbaren-Einspeisesatz gerechnet, und die werden Sie nicht – Stand heute – einfach so in ein anderes System und in eine direkte Vermarktung drehen können – Punkt 1.

Punkt 2: Es gibt allerdings tatsächlich, wenn man das über die z. B. in der Mehrwertinitiative miteinander verbundenen Unternehmen, Beteiligungsunternehmen oder Eigenunternehmen des Landes sieht, abzüglich von Eigenstrombedarf und abzüglich von diesen sogenannten gebundenen Strommengen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz beispielsweise, durchaus ein vermarktbares Potenzial von rund 100 Gigawattstunden pro Jahr. Man könnte sagen: Das ist das Aufkommen von 50 000 Haushalten. Das heißt: Wir haben in Berlin tatsächlich, verteilt über verschiedene Unternehmen, ein durchaus vermarktbares Strompotenzial, das in gebündelter Art und Weise bei geeigneten Vertriebsstrukturen durchaus zu aktuellen Marktkonditionen, das heißt Stromverkaufskonditionen, z. B. an Private oder an Gewerbetreibende geliefert werden kann, wenn es gebündelt ist und entsprechend gemanagt wird.

Ich komme zu einem anderen Punkt: Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau von derartigen Potenzialen. Eins ist klar: Wenn Sie tatsächlich ein Ökostadtwerk aufbauen, soll das ja auch Wachstum generieren, das heißt also nicht nur eine bestimmte Anzahl von Haushalten bedienen und den Rest einkaufen, sondern natürlich auch mit einem neuen Erzeugungspotenzial oder neuen Kapazitäten in Berlin versehen werden. Dann müssen wir uns angucken: Wie sehen die Rahmenbedingungen aus? – Zum einen reden wir über das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Darüber redet auch Herr Altmaier seit vorgestern in einer besonderen Weise. Das stand in den letzten Jahren erheblich unter Veränderungen. Man kann davon ausgehen, dass diese Rahmenbedingungen, die ja die Errichtung dieser dezentralen und Erneuerbaren-Anlagen befeuert haben, sich ändern werden, mit Sicherheit nicht zum Positiven, heißt, nicht zum wirtschaftlich Positiven, das heißt, das Investitionsrisiko wird steigen. Das gilt dann selbstverständlich auch für ein kommunales, ökologisch orientiertes Stadtwerk.

Das heißt aber nicht, dass ich glaube, dass wir aktuell keines dieser dezentralen Potenziale, die ich genannt habe, ausbauen können, denn eins ist klar: PV. Wir haben in Deutschland einen Deckel – und ich glaube nicht, dass der sich noch mal ändern wird – von aktuell 32 GWh installiert, und bis 52 GWh sollen aus Sicht der Bundesregierung als Zubaugrenze gehalten werden. Es gibt allerdings auch heute schon Einschränkungen, sodass Sie EEG-Strom auch direkt vermarkten müssen, nämlich 10 Prozent dessen, was Sie ab sofort erzeugen.

Bezogen auf das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, das für die dezentralen Anlagen von großer Bedeutung wäre, muss man sich klarmachen, dass die Systematik des KWK-Gesetzes, das letztes Jahr auf Bundesebene gerade stabilisiert fortgeschrieben wurde, dazu führt, dass es bei sinkenden Börsenstrompreisen – und die sinken tatsächlich – so sein wird, dass allein mit diesem Gesetz eine Investition in zukünftige kleine BHKWs oder andere Anlagen dieser Art schwer darstellbar ist, wenn man nicht auf der anderen Seite eine direkte Vermarktung des Stroms sicherstellen kann.

Wie sieht es auf dem Berliner Strommarkt grundsätzlich aus? – Ich habe ein bisschen den Eindruck, dass man das bei allem Gründungselan, den ich sehr begrüße, und bei allen Überlegungen auch mal schnell aus dem Auge verliert. Deshalb möchte ich darauf hinweisen: Wir haben in Berlin, gerade wenn es um ökologische Stromprodukte geht, 300 Anbieter mit verschiedensten Klassifizierungen rund um gelabelten Strom. Also es ist aktuell nicht wirklich so – wenn man es mal auf den Punkt bringt –, dass Ihnen die Produktvielfalt oder auch die ökologisch erzeugte Menge fehlt. Sie ist am Markt einzukaufen. Derjenige, der hier in Berlin ein Ökostromangebot auf kommunaler Basis macht, muss sich diesem Wettbewerb stellen. Wir haben gleichzeitig die Situation: Wenn Sie sich das mal für einen Zwei-Personen-Haushalt mit einem Verbrauch von 1 500 kWh pro Jahr angucken – die sind schon sparsam –, dann werden Sie erkennen, dass Berlin eben auch aus dieser Marktsituation heraus – es gibt viele Anbieter, die nach Berlin kommen – im Vergleich zu anderen Städten in Deutschland, beispielsweise auch Hamburg, ein deutlich niedrigeres Preisniveau hat. Das wird uns als Kunden natürlich freuen, bedeutet aber für den Aufbau eines entsprechenden Anbieters aus Berliner Sicht eine zusätzliche Ambition. Selbst wenn Sie nicht Preisführer sein wollen, müssen Sie sich diesem Preiswettbewerb stellen.

Wir haben die Situation in Berlin, dass wir aktuell – das auch nur cursorisch – ökologische Strompreise zwischen 26 und 33 Cent haben. Daran sieht man schon, wie groß die Spanne ist. Wenn Sie dann alle Kosten abziehen, die Sie selbstverständlich als Anbieter auch hätten, von

der Beschaffung angefangen über Netznutzungsgebühren bis zu Entgelten wie Steuern, Konzessionsabgaben etc., dann bleiben in der Regel – das ist absolut branchenüblich – um die 1, vielleicht 1,5 Cent übrig. Man kann sagen: Wunderbar! Eigentlich eine schöne Sache! – Jetzt halten Sie sich aber bitte noch vor Augen – das müssen wir ja, wenn wir uns wirtschaftlich an diesem Modell orientieren wollen –, dass auch branchenüblich und völlig unumstritten ist, dass für die Kundengewinnung, egal, wie gut Ihre Marke zunächst ist, mindestens 100 Euro pro Kunde einzusetzen sind für den entsprechenden Marketing- und Vertriebsaufwand. Das heißt umgekehrt auch – das lässt sich relativ einfach bei diesem Durchschnittshaushalt errechnen –, dass Sie in der Regel ca. fünf Jahre, wenn es normal läuft, Kapitalrückflusszeit haben. Sie haben einen erheblichen Investitionsaufwand zu Beginn, um ein derartiges Produkt in den Markt zu bringen, egal ob Sie im Hintergrund kommunal oder anders gelagert sind. Das heißt aus meiner Sicht nicht, dass das nicht geht. Man muss sich nur dieser Herausforderung bewusst sein.

Was heißt das jetzt? – Ein ökologisch orientiertes Stadtwerk auch in Berlin ist sicherlich möglich. Es ist mit Sicherheit – ich glaube, das habe ich deutlich gemacht – kein Selbstläufer. Wichtig ist, dass man einen optimierten Stromhandel und -vertrieb braucht. Ich komme jetzt bei diesem Punkt Handel auch darauf, dass trotz der vorhandenen Kapazitäten, die in Berlin über die verschiedenen kommunalen oder beteiligten Unternehmen vorhanden sind, selbstverständlich ein Handel notwendig ist, denn jeder Kunde, jede Berlinerin, jeder Berliner, der Strom von diesem Stadtwerk kauft, will ein Vollstromangebot und zu jeder Tages- und Nachtzeit Strom haben, wenn er es will. Das heißt, wir müssen, gerade wenn wir Erneuerbare als wesentliches tragendes Element haben, handeln, wir müssen für dieses Stadtwerk auch ein Handels- und Vertriebssystem haben, also auch für eine Aufbauphase. Ausgehend von diesen von mir genannten Kapazitäten, die vorhanden sind – die einzelnen Unternehmen, auch wenn sie große Kapazitäten haben wie in Ruhleben beispielsweise, sind nicht frei –, muss man eine Bündelung der kleinen Anlagen herstellen und dann zusätzliche Erneuerbare- oder auch hoch-effiziente Anlagen aufbauen.

Ein wesentlicher Erfolgsfaktor für ein derartiges Stadtwerk ist definitiv auch – ich habe ja deutlich gemacht, wie die Gesetzeslage ist und was das letzten Endes für einen Stromabsatz bedeutet –, dass Sie es schaffen und dass dieses Stadtwerk es schafft, sehr schnell eine entsprechende Kundengruppe zu erschließen. Da ist selbstverständlich dann auch im Sinne des Landes Berlin zu überlegen – das ist auch ein Vorschlag, den ich an dieser Stelle mal einbringen will –, ob man nicht auch über andere beteiligte Unternehmen des Landes Berlin einen entsprechenden, einfacheren und schnelleren Kundenzugang schafft. Das Land Berlin verfügt über hundertprozentige Beteiligungen an Wohnungsunternehmen. Das sind Dinge, die man in jedem Fall in diesem Kontext in ein Kooperationsmodell integrieren sollte, um Vertriebswege kooperativ sinnvoll zu gestalten.

Ich habe es schon gesagt: Eine Markenbildung ist unerlässlich. Wenn Sie von den verschiedenen Ökostromtarifen ausgehen, die es in Berlin ja schon am Markt zu kaufen gibt, muss dieses Unternehmen ein eigenes USP haben, also einen Punkt, aus dem sich die Legitimation dieses Stromangebots speist. Wir sind der festen Überzeugung – das ist auch unsere praktische Erfahrung über viele Jahre –, dass es in Berlin sinnvoll und möglich ist, ein ökologisches Stromangebot mit einer Energiesparberatung zu koppeln, was einen Mehrwert schafft, der auch betriebswirtschaftlich unterlegbar darzustellen ist. Wir sind auch der Meinung, dass es möglich ist, über ein derartiges Stadtwerk durch entsprechende Angebote Kleinstherzeuger im

Bereich von Ein- und kleineren Mehrfamilienhäusern über kooperative Lösungen einzubinden und damit auch im virtuellen Sinne die Erzeugungskapazitäten zu erhöhen.

Wir sind der Auffassung: Eine derartige Ambition, die Sie sich vorgenommen haben, ist leistbar unter einem kooperativen Modell, ist leistbar, wenn Sie entsprechendes Know-how schnell bereitstellen können. Am Markt geht einiges an Zukauf. Aber Sie brauchen selbstverständlich für das, was Sie am Markt noch als Know-how einkaufen für dieses oder ein zu gründendes Unternehmen oder für die BSR, einen Counterpart in den Unternehmen, denn das muss ja gesteuert werden. Auch Dienstleister müssen gesteuert werden. Das ist unsere klare Erfahrung. Die Berliner Energieagentur ist gern bereit, ihr Know-how und auch ihre Kompetenz einzubringen. Wir sind im Übrigen – das wissen Sie möglicherweise – das einzige Unternehmen, das tatsächlich freie Stromkapazitäten aus den vorhandenen BHKWs hat. Wir haben 58 BHKWs. Unsere aktuelle Unternehmensplanung sieht vor, bis 2016 diese Anzahl zu verdoppeln, sprich, dann 120 BHKWs zu haben. Wir hätten dann die Stromkapazität für 14 000 Berliner Haushalte im eigenen Haus zur eigenen Vermarktung. Wir haben aktuell bereits 4 000 Haushalte, die aus entsprechenden Objekten heraus von uns versorgt werden und direkt bei uns Strom kaufen, sodass Vertriebsstrukturen hier vorhanden sind. – Ich möchte an dieser Stelle schließen und sehr klar unsere Bereitschaft zur Mitwirkung, gern auch in einer entsprechenden guten Rolle, betonen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Vielen Dank für diesen interessanten Vortrag! – Herr Taschner, Sie haben das Wort!

**Dr. Stefan Taschner** (Berliner Energietisch): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank für die Einladung, erneut für den Berliner Energietisch und somit auch für die Berliner Zivilgesellschaft in diesem Ausschuss zu sprechen!

Es geht heute konkret um drei Anträge, die am 13. Dezember ins Abgeordnetenhaus eingebracht worden sind. Uns geht es insbesondere um die beiden Papiere, die von den Fraktionen von SPD und CDU eingebracht wurden, zum einen der Antrag zur Änderung der Landeshaushaltsordnung und zum anderen der Antrag über die Grundsätze eines neu zu gründenden integrierten Energiedienstleisters. Beide Papiere stehen in einem gewissen Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf des Berliner Energietisches, der derzeit Gegenstand eines Volksbegehrens ist, das ab dem 11. Februar in die zweite Stufe geht. Insofern ist es für uns als Berliner Energietisch klar, dass wir diese beiden Papiere analysieren, betrachten und bewerten wollen, und dazu müssen wir erst mal grundsätzlich feststellen, dass sich beide Papiere ausschließlich mit dem Thema Stadtwerke beschäftigen. Das heißt konkret, dass nur ein Teil von dem, was der Berliner Energietisch zur Neuordnung der Energieversorgung in Berlin als Gesetzentwurf vorgelegt hat, von diesen beiden Anträgen bzw. dem Gesetzentwurf berührt wird. Wir nehmen deswegen hier nur noch zu den Punkten Stellung, die die Stadtwerke betreffen und nicht weiter zum Netz.

Wir haben zum einen diesen sehr schönen Antrag „Grundsätze eines neu zu gründenden integrierten Energiedienstleisters“. Das ist letztlich nichts anderes als eine Empfehlung, ein zu berücksichtigendes Papier bei der Aufstellung einer Unternehmenssatzung. Alles, was da drin entsteht – und es ist vieles, das sicherlich vom Gesetzentwurf des Energietisches inspiriert worden ist –, liest sich zwar schön, ist aber komplett unverbindlich. Das heißt, irgendwann wird eine Gesellschafterversammlung oder ein ähnlich geartetes Gremium im Stadtwerk sich eine Unternehmenssatzung formulieren müssen, und dann soll dieser Antrag zu berücksichtigen sein. Das bedeutet aber leider für uns, dass alles, was da Schönes drin steht, letztlich für uns keine Grundlage ist, wo wir sagen können: Hier werden verbindlich die Grundzüge eines neuen Stadtwerks gelegt. – Insofern beschränken wir uns bei unserer Betrachtung stark auf den Gesetzentwurf, die Änderung der Landeshaushaltsordnung, weil sie als Gesetzentwurf gleichwertig ist zu dem Gesetzentwurf, den wir vorgelegt haben.

Leider bleibt der Gesetzentwurf weit hinter den Anforderungen und damit weit hinter dem Gesetzentwurf des Berliner Energietisches zurück. Das sieht man allein schon an der Länge. Wir haben den Gesetzentwurf nicht so lang gemacht, weil es uns so viel Spaß gemacht hat, ihn schreiben zu dürfen, sondern wir waren von der Motivation getrieben, relativ detailgetreu Vorgaben für ein Stadtwerk zu machen, weil wir von anderen Stadtwerken in anderen Kommunen Deutschlands wissen, dass, wenn man diese Vorgaben nicht macht, die Energiepolitik dieser Stadtwerke möglicherweise nicht in dem Sinne ist, in dem alle Fraktionen hier – das nehme ich wirklich allen fünf Fraktionen ab – einen ökologisch orientierten Energiedienstleister in Berlin an den Start bringen wollen.

Zu den einzelnen Punkten: Was fehlt uns insbesondere in diesem Gesetzentwurf? – Wir halten es für eine große Schwäche, dass das 100-Prozent-erneuerbar-Ziel nicht im Gesetzentwurf nicht festgeschrieben steht. 100 Prozent erneuerbare Energien für Berlin ist aus klima- und

energiepolitischer Sicht ein wichtiger Ansatz. Er steht im Antrag, aber das ist unverbindlich. – [Daniel Buchholz (SPD): Das steht in der Landeshaushaltsordnung explizit drin!] –

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Bitte kein Zwiegespräch! Wir haben nachher eine Frageunde. Herr Dr. Taschner ist derjenige, der das Wort hat.

**Dr. Stefan Taschner** (Berliner Energietisch): Der Gesetzentwurf des Energietischs sieht explizit 100 Prozent erneuerbare Energien als langfristiges Ziel vor. Das Berliner Stadtwerk hat natürlich mit ausschließlich erneuerbaren Energien dazu einen wesentlichen Beitrag zu leisten, aber so, wie wir es verstehen, ist das Stadtwerk auch Partner von Bürgerkraftwerken, wie sie entstehen, Partner, wie sie zum Beispiel auch mit der Berliner Energieagentur und deren Erzeugungsanlagen bereitstehen, die zur Erreichung dieses Ziels beitragen können.

Zudem schreibt der Gesetzentwurf des Berliner Energietisches auch eine regionale Verankerung in Berlin-Brandenburg vor. Auch dieses fehlt uns im Gesetzentwurf von SPD und CDU. Wir wollen keine Stadtwerke, die in Andalusien Solarkraftwerke bauen, sondern wir wollen hier in der Region Berlin-Brandenburg die Potenziale nutzen, und das macht aus unserer Sicht deutlich Sinn.

Des Weiteren ist aus unserer Sicht die schon von Herrn Buchholz kurz angesprochene Verengung auf lediglich den Vertrieb von ausschließlich selbst produziertem erneuerbarem Strom ein großer Schwachpunkt. Das greift uns zu wenig weit. De facto liefe das auf ein sogenanntes Ministadtwerk hinaus. Wir hätten hier einen Nischenanbieter. So ein Stadtwerk würde nicht die energiepolitischen Möglichkeiten ausschöpfen, die man letztendlich als Kommune, als Land Berlin mit einem eigenen Stadtwerk hätte. Insbesondere ist dieser Punkt nicht nachvollziehbar, als dass SPD und CDU immer wieder betont haben, dass Hamburg Energie als Vorbild diene. Wir als Berliner Energietisch haben uns auch sehr stark an Hamburg Energie orientiert. Hamburg Energie verfügt derzeit über einen Anteil selbst produzierten Stroms von lediglich 15 Prozent, um ihre 100 000 Kunden zu versorgen. Sie können sich selbst herunterrechnen, wie viel Kunden wir damit erreichen könnten, wenn das genauso auf Berlin zuträfe.

Zudem sehen wir die Leistungsfähigkeit eines solchen Stadtwerkes mit dem Gesetzentwurf weiter eingeschränkt. Die Bündelung der vorhandenen Erzeugungsanlagen bei berlineigenen Unternehmen kommt darin explizit nicht vor. Wir als Energietisch sehen das aber als wichtiges Startkapital, das wir uns nicht entgehen lassen sollten, um ein solches Stadtwerk an den Markt zu bringen. Wir können auch noch nicht erkennen, wie das Müllheizkraftwerk Ruhleben in diesem Gesetzentwurf in dieses Stadtwerk eingebracht werden kann. Der Energietisch sieht das aber auf alle Fälle auch vor. Wir glauben, dass das ein wichtiges Startkapital ist, und Frau Gäde-Butzlaff hat es auch schon erwähnt. Da lässt sich relativ viel Energie erzeugen.

Komplett fehlen uns im Gesetzentwurf soziale Aspekte. Gerade die soziale Dimension der Energieversorgung hier in Berlin ist etwas, dem wir uns dringen annehmen müssen. Energetische Gebäudesanierung oder das Entgegenwirken von Energiearmut ist ein großes Thema hier in Berlin. Die Beratung einkommensschwacher Haushalte – Herr Geißler hat vorhin schon erwähnt, dass das Beratungsangebot wichtig ist – fehlt uns im Gesetzentwurf vollkommen. Energieeinsparung, Energieeffizienz sind wichtige Sachen, die wir in einem gesamtheitlichen Energiekonzept doch nicht außer Acht lassen dürfen, und die finden sich lediglich in dem unverbindlichen Antrag. Unserer Meinung nach gehört das konkretisiert ins Gesetz.



Auch von einer maßgebenden Transparenz können wir im Gesetzentwurf leider überhaupt nichts erkennen. Es soll lediglich das Informationsfreiheitsgesetz gelten. Aber eine pro aktive Veröffentlichung von Unternehmensakten, sobald sie keine Betriebsgeheimnisse beinhalten, steht nicht drin. Auch eine Öffentlichkeit von Sitzungen, wie wir sie uns vorstellen, ist überhaupt nicht erkennbar. Darüber hinaus ist die demokratische Mitbestimmung aus unserer Sicht deutlich zu dürftig. Es soll ein Beirat gegründet werden. Aber welche Kompetenz, welche Aufgaben dieser Beirat hat, bleibt vollkommen unklar. Wir wollen eine wirkliche Mitbestimmung. Wir wollen keinen Beirat, der sich zweimal im Jahr zum Kaffeekränzchen trifft und mal nett plaudert. Das ist keine Beteiligung der Bürger, wie wir sie uns vorstellen.

Des Weiteren fehlen, wie von Herrn Wolf schon vorhin erwähnt, sämtliche Definitionen von Aufgabenkompetenzen für das Stadtwerk. Finanzausstattung und Geschäftsplan bleiben vollkommen offen. Ein Zeitrahmen wird ebenfalls absolut nicht bestimmt. Die Rechtsform ist nach wie vor komplett unklar, auch als Tochter der AöR. Kann es überhaupt eine AöR geben? Wir denken, dass das nicht möglich ist. Wir brauchen hier dringend ein einheitliches Konzept, mit dem wir wirklich weiterkommen. Der Antrag der Oppositionsfraktionen greift vielen dieser wichtigen Fragen zur Konzeptionierung eines solchen Stadtwerkes auf. An diese Fragen müssen wir dringend ran. Der Berliner Energietisch ist schon sehr früh an die verschiedenen Akteure in Berlin herangetreten, hat mit ihnen Gespräche geführt, weil es uns eben nicht darum geht, einfach nur ein Stadtwerk zu gründen, irgendwo ein Schild zu haben, auf dem „Stadtwerk Berlin“ steht. Nein, wir sind daran interessiert, im Bereich der Versorgung mit erneuerbaren Energien in Berlin endlich voranzukommen, und das geht nur mit allen Akteuren. Zu diesen Akteuren gehört nicht nur die Politik. Dazu gehören nicht nur die Berliner Energieagentur oder die BSR. Uns fallen sicher noch weitere wichtige Akteure ein, die wir endlich einbeziehen müssen, um hier ein Konzept aufzustellen. Aber auch der Senat ist aufgefordert, sich endlich mal zu äußern. Es ist schon sehr verwunderlich, dass im Abgeordnetenhaus heftig darüber diskutiert wird, wie die Energieversorgung neu aufgestellt werden soll, dass es ein Volksbegehren gibt, hinter dem mittlerweile schon 30 000 Berlinerinnen und Berliner stehen, und alles, was wir bisher vom Senat gehört haben, war eine offizielle Stellungnahme im August letzten Jahres, dass er unser Volksbegehren ablehne. Deswegen muss auch der Senat dringend endlich Stellung beziehen. Er muss sich in die Diskussion einbringen. Lassen Sie uns doch alle zusammen versuchen, eine ordentliche Plattform, eine ordentliche Diskussionsgrundlage zu finden, indem Senat, Verwaltung, Politik, alle Akteure in Berlin, an einen Tisch kommen und sich überlegen, wie wir die Energieversorgung neu definieren können, wie wir Stadtwerke so gründen können, dass mit den Akteuren vor Ort alles in ein einheitliches Konzept fließt, dass wir wirklich an einem Strang ziehen und mit den erneuerbaren Energien vorankommen. Der Berliner Energietisch ist bereit, einen konstruktiven Beitrag zu leisten, und ich hoffe sehr, dass wir mit der heutigen Anhörung nicht nur einen Startschuss setzen, sondern dass diese Diskussionen und Gespräche wirklich weitergehen. – Danke schön!

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Vielen Dank an die Anzuhörenden! – Das Wort hat der Senat. – Herr Müller!

**Bürgermeister Michael Müller (SenStadtUm):** Vielen Dank! – Wir sind direkt angesprochen worden. Herr Schäfer hat gleich zu Beginn ein paar Fragen direkt an uns gerichtet. Herr Schäfer! Die kann ich Ihnen jetzt nicht alles umfassend beantworten – das sage ich ganz klar –, weil wir uns im Moment noch in einer Schrittfolge bewegen. Es ist in Parlament und Senat klar verabredet, dass gerade von meiner Verwaltung vordringlich die Konzessionsfrage, die

Netzfrage zu beantworten ist. Daraus kann und soll – das stelle ich überhaupt nicht infrage – auch die Weiterführung in ein Stadtwerk folgen. Aber man muss schon sehen, dass wir im Moment sehr mit diesem Vergabeverfahren und den Gas- und Stromkonzessionen beschäftigt sind. Ich muss darauf aufmerksam machen, dass wir erst seit Dezember die Möglichkeiten haben, das alles inhaltlich zu begleiten. Da ist der LHO-Betrieb von der Senatsverwaltung für Finanzen an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt übergegangen. Wir haben sofort angefangen, auch mit externer fachlicher und juristischer Beratung, uns auf dieses Verfahren vorzubereiten. Am Montag vergangener Woche war die Abgabefrist für den Verfahrensbrief zur Gaskonzession, woran wir uns selbstverständlich beteiligt haben. Wir suchen jetzt nach Managementpartnern und bauen weiter unsere Kompetenz in diesem Unternehmen Berlin Energie auf, um uns weiter in dem Gasverfahren gut beteiligen und auch schon 2013 beginnend – 2014 wird es entschieden – in der Stromkonzession eine entsprechend gute und aktive Rolle spielen zu können. Unser Anspruch ist gerade beim Thema Strom, klar, dass wir hier erfolgreich sein wollen, und das macht sich nicht von allein. Da ist eine Menge interner Arbeit nötig. Wir begleiten das Ganze und wollen das entsprechend in der Verwaltung spiegeln. Auch da entsprechende Kompetenz aufzubauen, halte ich für wichtig und richtig, dass das Thema nicht nur unternehmerisch von Berlin begleitet wird, sondern sich in der Verwaltung entsprechend widerspiegelt. Unter Leitung von Staatssekretär Gaebler werden Kompetenzen gebündelt. Wir werden sicherlich zusätzliches Personal brauchen. Wir werden ein Sonderreferat Klima und Energie einrichten bzw. sind dabei es einzurichten, um für das Land in der Verwaltung entsprechende Kompetenzen aufbauen zu können.

Wir bereiten uns darüber hinaus auf den zweiten Verfahrensbrief im Zusammenhang mit den Gaskonzessionen vor, und wir wandeln den Betrieb Berlin Energie in eine 100 Prozent öffentliche GmbH um, weil wir glauben, dass uns das mehr Spielraum in den Verfahrenswegen und -schritten ermöglicht, sodass wir, was mögliche Partner, Beteiligungen – wie auch immer – anbelangt, flexibler reagieren können, wenn wir wollen. Ob wir es machen, ist eine ganz andere Frage. Das muss inhaltlich noch entsprechend aufbereitet werden. Aber strukturell aufgestellt zu sein, halte ich an dieser Stelle für richtig und wichtig.

Ich will noch mal betonen, was ich schon in der Fragestunde auf Ihre Frage, Herr Schäfer, gesagt habe. Ohne eine grundlegende Veränderung der bestehenden Energieinfrastruktur ist die Erreichung unserer Klimaschutzziele nicht möglich. Da muss sich einiges tun. Da muss sich auch in Berlin noch einiges weiterentwickeln. Der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien ist zwingend, um unsere Emissionsziele erreichen zu können. Das stellen wir überhaupt nicht infrage. Man muss allerdings auch immer sehen, dass die Energieversorgung nun mal ein maßgeblicher Faktor für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand ist. Das heißt, Sicherheit, Bezahlbarkeit muss auch eine Rolle spielen, wenn wir über Energie- und Klimaziele reden.

Wir haben für das, was jetzt ansteht und was, glaube ich, hier im Raum unstrittig ist, eine gute Grundlage mit dem Koalitionsantrag. Er fordert auf, in Richtung Gründung eines Öko-Stadtwerks zu arbeiten und macht dazu einen konkreten Vorschlag, der nicht aus der Luft gegriffen ist, sondern die BSR – das hat Frau Gäde-Butzlaff deutlich gemacht – ist ein starker und kompetenter Partner, ein gut geführtes landeseigenes Unternehmen, das eine Menge in diesen Prozess einbringen kann. Was in diesem Unternehmen aufgebaut wurde, hat natürlich Eindruck hinterlassen, und insofern kommt man schnell auf die Idee und sagt: Wenn man in so eine Richtung Stadtwerk denkt, dann muss doch die BSR dabei sein. – Deswegen nehmen

wir diesen Parlamentsauftrag ernst und prüfen in Zusammenarbeit mit der BSR alle Möglichkeiten, wie es konkret aussehen kann, wenn die BSR die Plattform, der Ausgangspunkt für ein Stadtwerk sein kann oder soll.

Aus der Anhörung ist aber auch deutlich geworden, dass wir an der Stelle nicht eingleisig denken sollten. Ich finde es sehr gut, dass wir mit der Berliner Energieagentur mindestens eine zweite gute Möglichkeit haben zu gucken, wie man ein Stadtwerk aufbauen und wie man es strukturieren kann. Gerade die beiden Darstellungen von Frau Gäde-Butzlaff und Herrn Geißler fand ich beeindruckend, weil Frau Gäde-Butzlaff deutlich gemacht hat, was die BSR einbringen kann. Sie hat darauf hingewiesen, wo im Moment Kompetenzen fehlen, weil es gar nicht Aufgabe der BSR ist, zu handeln und den Vertrieb in diesem Energiebereich zu organisieren. Herr Geißler hat sehr schnell all diese Punkte aufgreifen können und gesagt, dass im Einsatz der erneuerbaren Energien Kompetenzen der BEA liegen, dass der Rechtsrahmen von der BEA ganz anders begleitet wird und in der kompletten Tiefe durchdrungen wird, dass man genau sieht, wo man welche Handlungsstränge hat, und wo man noch etwas verändern muss, wenn man wirklich in Richtung Stadtwerk geht. Ich halte es zusammengefasst für einen sehr interessanten Gedanken, dass die Berliner Energieagentur aus meiner Sicht sehr gut eine Plattform, ein Ausgangspunkt für die Gründung eines Stadtwerks sein kann. Herr Taschner! Dann gehören aus meiner Sicht zwingend die landeseigenen Unternehmen dazu. Das ist doch ganz klar, und da haben Sie völlig recht. Wir haben neben der BSR weitere riesige Kompetenzen. Wenn ich nur an die BVG und Wasserbetriebe denke, was da in der Netzinfrastruktur geleistet wird, oder auch bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, die auch Schritt für Schritt auf niedrigem Niveau, aber immerhin mit Solarenergie und ihren Blockheizkraftwerken in Richtung Produktion gehen, die den Zugang zu den Kunden haben, der teilweise schon genutzt wird. Daraus kann man viel mehr machen. Insofern ist diese Anhörung gut, aber sie war für mich nicht direkt ein Startschuss, in diese Richtung zu denken, sondern das machen wir schon seit Wochen. Ich selbst habe auf Grundlage der „Mehrwert-Initiative“ Gespräche mit einigen Geschäftsführern von landeseigenen Unternehmen geführt, um genau das auszuloten: Was kann und muss die BSR leisten, wenn sie der Ausgangspunkt ist? Was kann und muss die Berliner Energieagentur leisten, wenn sie der Ausgangspunkt ist? Und was kann bei landeseigenen Unternehmen dazu kommen, gerade wenn wir in Richtung Berliner Energieagentur weiterarbeiten? Da sind noch viele andere Fragen zu klären, die auch eine Rolle spielen, z. B. die Gesellschafterstruktur bei der Berliner Energieagentur. So, wie die im Moment aufgestellt ist, würde es aus eigener Kraft noch nicht reichen. Da müsste sicherlich noch mehr passieren, wenn wir unseren großen Anspruch an ein Stadtwerk wirklich umsetzen wollen. Aber es ist ein interessanter Ausgangspunkt, und unsere landeseigenen Unternehmen, mit denen ich gesprochen habe, haben nicht nur den politischen Auftrag verstanden, sondern wollen dabei sein, weil es aus Sicht der Unternehmen große Chancen und Möglichkeiten bietet, wenn man gemeinsam so ein Stadtwerk aufbaut. Ich glaube, dass wir da wirklich eine Menge machen können.

Herr Taschner! Ich habe Ihre Schlussbemerkung ein bisschen bedauert. Wir haben im letzten Sommer schon Gespräche geführt. Es ist nicht so, dass wir uns noch nie miteinander über das ausgetauscht hätten, was hier ansteht. Ich habe deutlich gemacht, dass ich erst seit Ende letzten Jahres direkt dafür in der Verantwortung bin. Ich glaube aber, dass ich in den Wochen schon deutlich machen konnte, dass es mir ein ernstes Anliegen ist, in diesem Bereich voranzukommen, und dass ich glaube, dass Berlin diese Chance auch nutzen sollte, ein Stadtwerk zu gründen. Da kann man sich angucken, was andere Städte schon gut vorgemacht haben.

Man kann auch von anderen Städten lernen, wo es noch nicht ganz so rund läuft. Ich glaube, wir sind ganz gut aufgestellt, und können, wie gesagt, daraus wesentlich mehr machen.

Ich will noch mal betonen: Nach meinem Verständnis muss so eine Stadtwerksgründung, die Arbeit eines Stadtwerks, mehr sein als eine reine Finanzbeteiligung. Wirtschaftlich muss das natürlich alles darstellbar sein, die Sicherheit, Bezahlbarkeit. Es darf die landeseigenen Unternehmen auch nicht überfordern. Das ist logisch. Wir haben nichts gekonnt, wenn wir auf der einen Seite ein schönes Stadtwerk aufbauen, und auf der anderen Seite das, was sich die Unternehmen an Wirtschaftskraft erarbeitet haben, auf einmal ins Rutschen kommt. Das muss alles wohl austariert sein. Aber es ist für mich wirklich mehr als eine Finanzbeteiligung. Hier geht es darum, dezentrale Netzkapazitäten im Bereich Strom und Gas aufzubauen, im Übrigen auch bei der Fernwärme, die aus meiner Sicht überraschend wenig diskutiert wird und in der öffentlichen Diskussion eine sehr geringe Rolle spielt. Ich finde, Strom, Gas und Fernwärme muss man zusammen denken.

Intelligente Netze sind gefordert. Smart Grid, Smart Metering sind die Begriffe, die in dem Zusammenhang fallen, und der Aufbau von Speichersystemen und Kombinationen mit neuen Märkten wie zum Beispiel im Bereich der Elektromobilität. Daran sieht man, dass es mehr ist als nur das Thema Finanzen, sondern das ganz wichtige inhaltliche Fragen, Zukunftsfragen, erneuerbare Technologien, Zukunftstechnologien, die wiederum im Zusammenhang mit unserem Standort in Tegel, wo wir so etwas alles ansiedeln wollen, eine Rolle spielen. Also, es geht darum, ein Öko-Stadtwerk zu gründen, das Produktion, Vertrieb, Beratung, Netzentwicklung miteinander vereint. Genau dafür brauchen wir eine gute Infrastruktur. Insofern ist es selbstverständlich und erklärt sich von selbst, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt zweigleisig fährt. Wir bewerben uns aktiv und mit vollem Einsatz um die Gas- und Stromkonzessionen, aber wir entwickeln auch wirtschaftlich tragfähige Modelle für ein Stadtwerk in Berlin. Das ist die Aufgabe in dieser Schrittfolge. Die heutige Anhörung hat gezeigt, dass wir mindestens zwei hervorragende Möglichkeiten und Plattformen haben. Insbesondere das Thema Berliner Energieagentur sollten wir weiter im Kopf behalten.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Herr Buchholz!

**Daniel Buchholz (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden und den Senator für die ausführlichen Stellungnahmen! Ich fange mal mit einem sehr erfreulichen Punkt an. Kollege Schäfer hat es vorhin in der Einleitung schon gesagt. Man kann feststellen, dass alle fünf Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus das Ziel haben, einen integrierten Energiedienstleister, ein Öko-Stadtwerk – so, wie es bei Ihnen im Antrag heißt. Bei uns heißt – auf der Grundlage von erneuerbaren Energien aufzusetzen. Zu den fünf Fraktionen kommt noch der Senat hinzu, denn Senator Müller hat eben sehr schwungvoll ausgeführt und ausführlich dargelegt, dass tatsächlich etwas passiert. Offensichtlich war die Übertragung der Aufgabe an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt doch kein verkehrter Schritt, wenn ich das mal nebenbei bemerken darf –, wenn mit entsprechender Energie an das Thema herangegangen wird. Es ist wirklich hochehrfreulich, neben allem, was wir sicherlich gleich noch im Detail unterschiedlich diskutieren werden. Das ist eine super Grundlage, das heißt, wir alle stellen uns diesem Anspruch, das für Berlin konkret auszugestalten, nicht nur theoretisch, woraus vielleicht alle ersehen, dass wir es ernst meinen. Die Koalition meint es ernst. Alle Oppositionsfraktionen meinen es ernst. Es ist eine Herkulesaufgabe.

Herr Geißler! Sie haben sehr schön ausgeführt, dass mehr dazugehört, als nur drei Überschriften aufzuschreiben und dann zu sagen: Das ist ein schönes Unternehmen. – Es soll wirtschaftlich, ökologisch und sozial ausgerichtet sein, und das ist in der Umsetzung sicher nicht einfach. Ich gestehe es ganz offen: Ich bin stolz darauf, dass wir es als Koalition aus SPD und CDU geschafft haben, hier zwei konkrete Anträge vorzulegen, die zum einen die Änderung des Berliner Betriebesetzes mit einem konkreten Änderungsvorschlag vorsehen und auch schon eine komplette Satzung für eine Energietochter vorlegen. Erlauben Sie mir die spitze Bemerkung: Die drei Oppositionsfraktionen haben gemeinsam einen Antrag vorgelegt, in dem steht: Der Senat wird beauftragt, mal ein Konzept zu erarbeiten. – Das ist eher eine Große Anfrage als eine konkrete Handlungsaufforderung gewesen. Diesen Unterschied sollte man sich mal deutlich machen. Wir legen sehr konkrete Änderungsanträge für Berliner Gesetze vor, sogar für eine Satzung der Energietochter. Die Opposition ist auf dem Status – wirft uns aber Untätigkeit vor, was ich sehr lustig finde –, dass es in der Zukunft mal ein Konzept vom Senat geben soll. Dieser Hinweis muss auch mal erlaubt sein.

Jetzt zu den konkreten Inhalten: Wir haben eine Grundsatzdiskussion, ob die Überlegung, die wir uns als Koalitionsfraktionen zu eigen gemacht haben, es solle eine Energietochter der BSR sein, der einzige Weg ist. Ich möchte zwei, drei Punkte aufzeigen, warum wir zu dieser Überzeugung gekommen sind, ohne dass die in Stein gemeißelt ist. Das steht auch fest. Die BSR ist ein bestehendes, großes, zu 100 Prozent landeseigenes Unternehmen, das sehr viele Kundenbeziehungen erfolgreich managt. Es ist also ein Kundenbeziehungs-Relationship-Management vorhanden, man kann mit großen Kundenzahlen umgehen, und sie ist, da sie zu 100 Prozent landeseigen ist, tatsächlich als Anstalt öffentlichen Rechts sehr zukunftsfähig aufgestellt.

Kollege Wolf! Da liegt ein Missverständnis vor. Wir haben uns an dem Hamburger Beispiel orientiert. Dort sind es die Hamburger Wasserbetriebe, eine Anstalt öffentlichen Rechts, und die haben als Tochtergesellschaft keine AöR, sondern eine GmbH. Hamburg Energie ist eine GmbH. So etwas stellen wir uns auch vor, und es ist ein großer Startvorteil, wenn man das unter dem Dach einer landeseigenen Anstalt öffentlichen Rechts macht. Darum hat sich auch Hamburg für diesen Weg entschieden. Damit spart man immens viel Zeit. Man muss keine neue Unternehmensführung für das Gesamtkonstrukt einsetzen. Man muss keinen Aufsichtsrat neu besetzen. Viele Dinge, die man bei einer völlig eigenständigen GmbH oder anderen Konstruktion machen muss, sind damit im Überbau schon vorhanden, inklusive der Mitglieder des Aufsichtsrats und einer Gewährträgersversammlung durch den Senat. Das ist ein erheblicher Vorteil. Darum hat sich Hamburg für diesen Weg entschieden, und darum ist das für die Koalitionsfraktionen Ausgangslage für die Diskussion. Das hat große Vorteile, und wir können sehr viel von Hamburg lernen, wo es inzwischen erfolgreich funktioniert. Natürlich gibt es Anlaufinvestitionen, auch eine Klarstellung, die notwendig ist. Sowohl das notwendig Kapital als auch die Anlaufinvestitionen, selbst, wenn sie unter dem Dach der BSR mit einer Tochter GmbH eingerichtet wird, werden selbstverständlich nicht den Abfallkunden in Berlin angelastet und auch nicht auf irgendjemanden umgelegt. Das ist eine ganz wichtige Voraussetzung und Festlegung. Das geht rechtlich nicht. Das wollen wir nicht, und das werden wir auch nicht tun, keine Angst. Das ist entsprechend sauber zu trennen.

Wir können es uns sehr gut vorstellen, und wir brauchen substantiell eine Zusammenarbeit, eine Integration der Berliner Energieagentur mit dem Know-how, mit dem Fachwissen, mit der Energieproduktion, die dort schon vorhanden ist. Ich mache jetzt mal ungeschützt einen

Vorschlag: Natürlich wäre es problemlos möglich – das hoffe und glaube ich –, die Eigentümerstruktur zu der Berliner Energieagentur ändern. Bisher gibt es vier Anteilseigner: das Land Berlin, die KfW, also die Bank des Bundes, und zwei Private, nämlich GASAG und Vattenfall. Das ist – da sich gerade GASAG und Vattenfall um Konzessionen für das Strom- und Gasnetz bewerben –, wenn man die BEA intensiv einbeziehen will, aus unserer Sicht keine geeignete Konstruktion. Ich könnte mir vorstellen, dass man da sehr schnell zu einer Änderung kommt, dass entweder das Land Berlin oder direkt die BSR diese beiden Anteile von der GASAG und von Vattenfall übernimmt. Das sind übrigens Dimensionen, die darstellbar sind. Die sind gerade mal siebenstellig und nicht mehr. Das sind Dimensionen, die sowohl von der BSR als auch vom Land Berlin zu bewältigen sind. Dann hätten wir da eine Klarheit, dass auch die BEA ein öffentliches Unternehmen ist. Anderenfalls hat man Probleme, dass private Anteilseigner, die sich um Konzessionen bewerben, mit agieren. Es behindert eine Energietochter immens, wenn sie mit anderen kooperieren soll. Ich glaube, darüber wir sind uns alle völlig einig. Es gilt, die Kapazitäten, die es in allen landeseigenen Unternehmen gibt, zu nutzen. Der Senator und Herr Geißler haben es angeführt. Wohnungsbaugesellschaften sind teilweise in der Produktion und Vermarktung von Ökostrom tätig. Die Stadtgüter GmbH hat riesige Flächen, ehemalige Rieselfelder, in Brandenburg, wo schon viele Windanlagen stehen – ich glaube, es sind 48 –, die aber jetzt anderen gehören. Die Flächen sind verpachtet, aber da ist Potenzial für weitere Anlagen. Natürlich können und müssen wir das nutzen. Es gibt noch andere Dinge, die man machen kann mit der Stadtgüter GmbH.

Jetzt zu meinen konkreten Fragen an die BSR: Frau Gäde-Butzlaff! Ich habe verstanden, dass die Dampfproduktion 180 Gigawattstunden pro Jahr – Sie hatten von 180 000 Megawattstunden pro Jahr gesprochen – beträgt. Habe ich das akustisch falsch verstanden? Herr Geißler hat in seinem Papier 440 Gigawattstunden pro Jahr genannt. Das wäre mehr als das Doppelte und auch für die Basis eine ganz andere Zahl. Vielleicht könnten Sie das noch mal kurz darstellen. Ich habe es, glaube ich, akustisch nicht richtig verstanden.

Frage auch an die BSR: Wie lange ist denn der Dampfliefervertrag mit Vattenfall noch ausgelegt? Wie lange sind Sie vertraglich gebunden, dass Vattenfall diesen Dampf bekommt? Ich könnte jetzt auch fragen, zu welchen Konditionen, aber das ist primär für uns nicht so interessant. Dann ist natürlich zu überlegen, wenn die BSR im Müllheizkraftwerk Ruhleben so viel Dampf produziert, wäre natürlich eine Option ein eigenes Kraftwerk dort in der Nähe zu errichten und dieses dann selbst in das Wärme- und Stromnetz einzuspeisen. Darum auch die Frage: Gibt es bei der Energieagentur, bei der BSR, Überlegungen, selbst zum Wärmeproduzenten zu werden, in diesem Fall in einem größeren Maßstab, und braucht man dazu nicht ein Landeswärmegesetz? – denn Vattenfall muss dafür natürlich auch das Fernwärmenetz öffnen. Wir reden von vielen Nahwärmeinseln, die Herr Geißler und viele andere betreiben, aber wir müssen die Wärme, die dort produziert wird, auch berlinweit verfügbar machen. Dazu muss das Fernwärmenetz von Vattenfall, das gehört zu 100 Prozent Vattenfall, das ist ein unregulierter Bereich, geregelt werden. Wäre dazu nicht ein Landeswärmegesetz erforderlich?

Wir wollen – das habe ich schon am Anfang ausgesprochen – natürlich einen Vollanbieter, weil da von der Opposition auch wieder Fragen kommen, der nicht nur für die Kundinnen und Kunden, und zwar Privatkunden wie Gewerbekunden, wie auch perspektivisch für das Land Berlin selbst, auch das können wir in Hamburg sehen, das ist natürlich ein sehr erfolgreicher Weg, der sich dann auch um die Ausschreibung des Landes Berlin bewirbt, wo man auch große Kundenströme und große Abnahme generieren kann. Wir wollen diesen integrierten Dienstleister, der Dienstleistungen auch energiesparend vermarktet. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, sonst bräuchten wir den gar nicht in dieser Form. Wir sehen es in der Summe als notwendig an, dieses Know-how von allen Berliner landeseigenen Gesellschaften zu bündeln. Dazu werden wir unternehmensrechtlich noch einiges vernünftig organisieren müssen, und das möglichst zügig. Unsere Anträge sind die Grundlage zur Beratung. Wir wollen diesen belastbaren Businessplan, den der Kollege Melzer auch angesprochen hat, denn wir wollen keine Luftschlösser bauen, um es ganz klar zu sagen. Da soll kein Geld verbrannt werden, da soll Energie zum Wohle der Stadt und der Umwelt, für die Berlinerinnen und Berliner produziert werden. Das kann und darf langfristig kein Zuschussgeschäft sein. Es muss sich selbst tragen. Mit einem solchen erfolgreichen Ökostadtwerk können wir dann auch zusammen mit anderen Städten – Hamburg und Stuttgart haben ähnliche Überlegungen angestellt – dann auch ein Vorbild für viele andere sein. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Danke schön! – Herr Melzer!

**Heiko Melzer** (CDU): Ich darf nach der ersten Runde vielleicht mal ein Zwischenfazit ziehen. Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass die Intention der Koalitionsfraktionen nicht ist, irgendjemanden auszubooten, kleinteilig und kleingeistig mit Scheuklappen vorzugehen, sondern alle, die Initiativen dort haben, alle, die dort Know-how besitzen und alle, die in diesen Bereich aktiv sind, an einen Tisch zu bringen und miteinander zu vernetzen, also die Kompetenzen und Aktivitäten zu bündeln. Das ist im Übrigen auch schon in unseren Anträgen deutlich geworden. Wir haben beispielsweise mehrfach auf die Berliner Energieagentur auch in den Änderungsanträgen in Gesetzesform verwiesen und haben von der Bündelung dieser Kompetenzen gesprochen. Wie das am Ende dann organisiert ist, ist sicherlich eine Frage, die es im Detail zu diskutieren gilt. Ich bin aber auch dankbar dafür, dass Herr Senator Müller deutlich gemacht hat, dass das eine der Aufgaben der Exekutive ist, genau diesen Prozess zu steuern, zu moderieren und dementsprechend zu begleiten, auch hier ohne Scheuklappen angelegt zu haben, sondern im Ringen, im gemeinsamen Arbeiten die beste Lösung zu finden.

In den ersten Stellungnahmen von Frau Gäde-Butzlaff und Herrn Geißler ist schon deutlich geworden ist, dass es dort Schnittmengen gibt, die gut miteinander kombinierbar sind, und das sollten wir uns auch zu Nutze machen, also kein Ausbooten, sondern Aktivitäten bündeln ist angesagt.

In dem Zusammenhang ist es dann von besonderer Bedeutung, wie wir das in einer vernünftigen Zeit hinbekommen, also die Frage des Zeitrahmens, eines Wirtschaftsplanes und die Frage: Welche Vorlaufzeit ist dafür eigentlich notwendig sowohl auf Senatsseite als auch aufseiten möglicher Beteiligter? – sind sicherlich weiter zu diskutieren. Wir müssen dann dafür Sorge tragen, dass das, was wir gemeinsam wollen und was die Koalitionsfraktionen in Eckpunkten eingebracht haben, auch in echtes Handeln umgesetzt wird. Da hilft es im Übrigen nicht weiter, in Gesetze all das zu schreiben, was man sich wünschen würde und ein „Wünsch Dir was“ zu machen, sondern in Gesetze einen Rahmen zu formulieren und den dann auszugestalten. Deshalb haben wir im Übrigen auch vieles von dem, was wir übereinstimmend wollen, Umweltschutz, Unterstützung der Energiewende, Transparenzkriterien, wirtschaftliche Leistungserbringung, kaufmännische Grundsätze und anderes mehr, in einer Satzung zu verankern. Dafür haben wir, CDU und SPD, auch die entsprechenden Rahmen hier bereits eingebracht. Darauf lässt sich dann auch aufbauen.

Ich möchte mit dem einen oder anderen Punkt vielleicht auch noch mal für eine Klarstellung sorgen. Eine Anstalt öffentlichen Rechts unterhalb der Anstalt öffentlichen Rechts BSR ist mitnichten das, was die Koalitionsfraktionen beantragt haben. Vielmehr geht es darum, eine rechtlich selbstständige Tochter zu implementieren, also eine AÖR unter einer AÖR ist nicht unser Antrag.

Zum Zweiten haben wir uns in unserem Antrag zur Satzung deutlich positioniert und sagen: Langfristig soll es eine am liebsten 100-prozentige regenerative Energieausstattung für ganz Berlin geben. Dies lässt sich aber nicht gesetzlich festschreiben und oktroyieren. Da wir einen Wettbewerb haben – vorhin wurde gesagt, fast 400 Anbieter –, kann man nicht gesetzlich festschreiben, dass jeder nur noch regenerative Energien bezieht. Dass dieses Landesunternehmen nur regenerative Energien erzeugt und natürlich nur diese dann vertreibt, ist selbstverständlich. Da ist Atomkraft oder Kohlekraft ausgeschlossen. Aber den Bezug von anderen Energiequellen durch Private können wir nicht gesetzlich regeln. Wir haben im Übrigen auch gesagt, dass für einen Übergangszeitraum hocheffiziente KWK-Anlagen genutzt werden können. Herr Taschner! Wir haben auch gesagt, dass Energieeinsparungen, Energieeffizienz und auch die Senkung des Energieverbrauchs wesentliche Ziele eines solchen Unternehmens sind. Auch das finden Sie in den Anträgen von SPD und CDU.

Schlussendlich: Transparenz und Prüfung. – Wir sind hier aus meiner Sicht weitergegangen, als es vielleicht in früherer Zeit zu erwarten war. Wir haben ein deutliches Prüfungsrecht des Rechnungshofes formuliert. Wir haben klargemacht, dass das Berliner Informationsfreiheitsgesetz auch für ein solches Unternehmen selbstverständlich gelten würde, dass so viel, solange es keine Betriebsgeheimnisse umfasst, wie irgend möglich zu veröffentlichen ist. Wir haben Beiratsmodelle zur Beteiligung der Öffentlichkeit vorgeschlagen. Hier sind wir auch auf einem guten Weg der Informationsfreiheit und der Transparenz. Auch das gilt es am Ende genau auszugestalten, alle Aktivitäten vernünftig zu bündeln, effizient zu bleiben, das alles dann wirtschaftlich aufzustellen, damit es kein Zuschussgeschäft wird. Da sind wir sicherlich noch nicht am Ende, aber wir sind auch nicht mehr ganz am Anfang, sondern haben einen



ersten vernünftigen Schritt getan. Die Anhörung dient auch ein Stück weit dazu, in den nächsten Schritt zu kommen und auf der Grundlage dessen, was wir jetzt vielleicht auch noch hören zum Thema Vorlaufzeiten, Wirtschaftspläne und einem möglichen Zeitraum dann auch weiterzudenken.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Vielen Dank, Herr Melzer! – Herr Wolf, Sie haben das Wort.

**Harald Wolf (LINKE):** Besten Dank! – Vielleicht erst einmal eine Vorbemerkung: Ich habe mich gefreut, dass Herr Senator Müller angesprochen hat, dass man das Thema nicht nur stromlastig diskutieren muss, sondern dass wir auch über Strom, Gas, Fernwärme als Gesamtkomplex diskutieren müssen und darüber: Was heißt das energiepolitisch für die Stadt? Ich begrüße sehr, dass im Rahmen des Verfahrens die Bewerbung für die Gasnetzkonzession abgegeben wird. Mich würde allerdings interessieren, das ist vielleicht heute nicht zu beantworten – das Thema Fernwärme ist gegenwärtig eine völlige Blackbox für das Parlament –, ob der Senat beim Thema Fernwärme irgendwelche Aktivitäten unternimmt, wie die rechtliche Situation ist, wir müssen da ja nicht förmlich in Konzessionierungsverfahren gehen, aber ob in anderer Form Wegrechte übertragen werden müssen. Meine Bitte ist, dass dazu dem Ausschuss eine Information zukommt, wie da die rechtliche Konstellation ist. Ich glaube, dass das auch in Zusammenhang mit anderen Themen, gerade weil Fernwärme kein regulierter Bereich ist, ein mögliches Faustpfand in Verhandlungen mit großen Unternehmen im Energiesektor in dieser Stadt sein kann.

Wir wissen alle, Herrn Kollege Müller kann kein Vorwurf gemacht werden, dass bisher nicht gearbeitet wurde, weil ihm die Zuständigkeit erst kurzfristig als Weihnachtsgeschenk überreicht worden ist. Er hat sich sehr gefreut, habe ich gehört. Insofern können wir die Agenda, die er formuliert hat, teilen, aber es ist offensichtlich, dass wir bei der Abarbeitung dieser Agenda erst am Anfang stehen.

Zweitens: Geschenkt ist die Bemerkung, die wir schon in der Plenardebatte hatten, dass die Opposition nur Fragen stellt. Ich ziehe das Resümee aus dieser Anhörung und auch aus der Diskussion, deshalb kann ich mich da ganz gelassen zurücklehnen. Ergebnis dieser Anhörung ist, dass genau die Fragen, die wir stellen, die Agenda ist, die abgearbeitet werden muss. Sie können das jetzt ablehnen, aber die Exekutive muss es machen. Herr Kollege Melzer hat da, wo er sich konkret zu den Themen geäußert hat, gesagt: Wir brauchen einen belastbaren Businessplan. – Exakt, genau das sagen wir. Wir brauchen ein Geschäftsmodell. Und die Frage, auch von Herrn Kollegen Melzer, wie die Bündelung der verschiedenen kommunalen Kapazitäten und Kompetenzen stattfindet, ist noch zu klären. Exakt dieses verlangen wir, dass dieses geklärt wird, und das ist nicht die Aufgabe der Opposition, die Arbeit des Senats zu machen. Dann müssen wir die Positionen tauschen und auch die Einkommen und die Apparate, die dafür zur Verfügung stehen. Das schlagen wir gegenwärtig nicht vor. Das schlägt auch die Koalition nicht vor, also bleiben wir bei der Arbeitsteilung zwischen Exekutive und Legislative und zwischen Regierung und Opposition. Ich finde, dass wir in dieser Diskussion relativ gut vorangekommen sind.

Vielleicht noch zu zwei, drei Punkten: Frau Gäde-Butzlaff hat sich – das muss sie auch als Vorstandsvorsitzende eines öffentlichen Unternehmens – gegenüber Begehren, die aus den Reihen des Eigentümers geäußert werden, sehr vorsichtig und freundlich geäußert. Ich will es

deshalb an meiner Stelle noch einmal versuchen, etwas deutlicher zu machen. Ich habe den Beitrag vonseiten der BSR so verstanden, dass die BSR sehr daran interessiert ist, in eine Kooperationsstruktur zu gehen, dass sie aber weiterhin bei ihrer Rolle als Nebenversorger bleiben will. Das heißt, dass sie die Energieversorgung nicht zu ihrem Kerngeschäft machen will, und dass das Thema eines eigenen Bilanzkreislaufes in einem Kooperationsmodell der kommunalen Unternehmen ein zentrales Thema ist. Herr Melzer, bis zu diesem Punkt sind wir in der letzten Legislaturperiode schon vorgedrungen. Ich halte das aus einer Reihe von Gründen für sinnvoll, dass wir diese Kapazitäten in einem eigenständigen kommunalen Unternehmen, an dem sich dann andere kommunale Unternehmen in welcher Form auch immer, gesellschaftsrechtlich oder über Dienstleistungsverträge oder Ähnliches, beteiligen können, bündeln, weil es ein eigenes Geschäft ist und ein eigenes Geschäftsmodell, das auch seine eigenen Managementkapazitäten hat und sein eigenes Know-how braucht. Ich glaube, dass der Beitrag von Herrn Geißler das noch mal sehr deutlich gemacht hat. Ich teile das, dass die Berliner Energieagentur eine Reihe von Kompetenzen hat, die in ein solches Kooperationsmodell rein müssen.

Übrigens ist es auch deshalb wichtig, wenn man mal an die Perspektive denkt, hier ein eigenständiges Unternehmen zu haben, weil man sich auch für die Zukunft überlegen muss: Macht man auf der einen Seite ein Stadtwerk als Energiedienstleister und hat dann auf der anderen Seite ein Unternehmen, das möglicherweise das Stromnetz in Gänze oder teilweise hält? Oder macht man das wie das normalerweise üblich ist im Stadtwerksmodell, bei allem Unbundling, dass man das unter einem Dach hat und damit auch bestimmte Synergien, Effektivitäten und Effizienzsteigerungen für eine ökologische Energiepolitik nutzen kann? Diese Option sollte man sich offen lassen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die BSR eine Tochtergesellschaft hat, die auch noch Netzbetreiber ist. Ich würde jedenfalls davon abraten. Das Unternehmen liegt mir aufgrund meiner Vergangenheit sehr am Herzen, und ich möchte, dass es ihm auch in Zukunft gut geht.

An Herrn Geißler noch mal die Bitte, dass Sie vielleicht noch mal aus Ihrer Sicht etwas dazu sagen. Sie haben in Ihrem Papier und auch in Ihrem Vortrag darauf hingewiesen, dass, wenn man eine sichtbare Marktpräsenz haben und nicht nur Nischenanbieter sein will, man in den Bereich des Handels gehen muss. Sie haben durchaus bestimmte Kompetenzen im Vertrieb aus Ihren bestimmten Aktivitäten, aber Sie sind gegenwärtig nicht aktiv, wenn ich das richtig sehe, dass Sie an der Strombörse agieren, in größerem Umfang einkaufen, verkaufen etc. Das ist noch mal eine eigene Kompetenz. Wenn Sie vielleicht aus Ihrer Sicht sagen, welches Know-how man dazu braucht. Ich habe es vorhin angesprochen. Das ist ja ein eigenes Geschäftsmodell. Man muss die Börse kennen. Man braucht die Broker, die an der Börse handeln können. Man braucht die entsprechenden IT-Systeme. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen. Insofern würde es sich auch an der Stelle anbieten, eigenständige Kompetenzen aufzubauen bzw. zu sehen: Welche Kooperationspartner, die das können und das Know-how haben, kann man möglicherweise dafür gewinnen, entweder über Dienstleistungsverträge oder dadurch, dass sie sich an einer solchen Gesellschaft unmittelbar gesellschaftsrechtlich beteiligen?

Herr Geißler hat einen wichtigen Punkt angesprochen: Können wir nicht auch über einen großen Kundenstamm zum relativ frühen Zeitpunkt die Möglichkeit nutzen, da auch eine bestimmte Marktmacht und einen Umsatz zu kreieren? Ich glaube, da muss man sehen, dass die kommunalen Unternehmen nicht nur Energieproduzent sind, sondern in großem Umfang auch

Energiekonsument. Wenn ich an die BVG denke: Wenn ein Stadtwerk die BVG als Kunden gewinnt, dann hätte man schon mal einen gigantischen Umsatz. Das muss man dann so austarieren, dass man eine Win-win-Situation hat. Auch solche Fragen müssen thematisiert und im Geschäftsmodell eingebracht werden. Insofern glaube ich, dass diese Anhörung heute ausgesprochen hilfreich war. Ich sage noch mal, und das ist auch deutlich geworden, für die gesamte Opposition, dass wir ein Interesse daran haben, dass das Unterfangen „Stadtwerk für Berlin“ erfolgreich wird. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir die Diskussion intensiv auf einer breiten Ebene weiterführen und die Fragen, die heute aufgelistet worden sind, im Einzelnen abarbeiten, und dass wir das noch mal vertiefen. Die Frage, wie das dann anschließend in Gesetzesentwürfe, Satzungen etc. gegossen wird, sollten wir dann getrost auf einen Punkt verschieben, an dem die Diskussion eine bestimmte Reife erreicht hat. Wie gesagt, da steht auch die Exekutive in der Verantwortung. Ich glaube, dass es sinnvoll wäre – das noch mal als Appell an den Senat –, ein belastbares Konzept und ein belastbares Gerüst vor der dritten Stufe des Volksbegehrens zu haben, sprich: vor Ende September, und bis dahin ist einiges zu tun. Das nur als Empfehlung, denn sonst fährt der Zug ab. Ich glaube, dass es sinnvoll wäre, hier auch in der Diskussion mit dem Energietisch zu einem kooperativen Ergebnis zu kommen, das dann auch tragfähig ist und von allen getragen wird, um nicht in die Situation der Konfrontation zu kommen.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Herr Schäfer!

**Michael Schäfer (GRÜNE):** Das ist vielleicht die produktivste Diskussion, die ich in meiner sechsjährigen Zeit im Abgeordnetenhaus erlebt habe. Man darf aber nicht vergessen, dass wir auf eine ziemlich klar polarisierte Auseinandersetzung zulaufen. Der Energietisch hat die zweite Stufe des Volksbegehrens gestartet. Das Zeitfenster, hier produktiv zusammen zu einer Lösung zu kommen, ist klein. Deshalb möchte ich mich dem Appell von Herrn Wolf anschließen, dass wir möglichst schnell versuchen sollten, weiterzukommen. In den nächsten Wochen, das möchte ich ganz klar sagen, ist da unsere Hand ausgestreckt, und wir sind sehr bereit, uns da auch einbinden zu lassen, auch wenn wir wissen, dass solche überfraktionellen Einigungen dem Senat immer in die Karten spielen. Uns geht es um die Sache. Wir würden gerne in den nächsten Wochen einen guten Schritt weiterkommen. Das möchte ich vorab sagen. Ich sage aber auch: Wenn es nicht gelingt, wird die Auseinandersetzung sehr hart und polarisiert sein. So ist das, wenn ein Volksbegehren läuft. Da können wir alle nichts machen, und da möchte ich auch Herrn Taschner in Schutz nehmen, über den hier von Ihnen, Herr Müller, gesagt wurde, Sie hätten doch immer nett miteinander geredet. Der Senat hat das Volksbegehren damals abgelehnt. Es ist wertvolle Zeit verstrichen, und deshalb sind wir jetzt in dieser etwas unappetitlichen Lage. Das ist nicht Ihre persönliche Schuld, Sie waren nicht federführend, aber das ist doch wohl eine einstimmige Senatsentscheidung gewesen.

Wir können die Sache aber noch retten. Ich sehe, dass sich die Koalition weiterbewegt. Ähnlich wie Herr Wolf Frau Gäde-Butzlaff interpretiert hat, würde ich sagen, Herr Müller hat auch sehr freundlich gesagt, dass er das mit der BSR für eine gute Idee hält, aber noch bessere Ideen hat. Ich würde das jetzt mal so interpretieren. Lassen Sie uns mal zusammenkommen, wenn wir als Abgeordnetenhaus einstimmig den Wunsch äußern, wir möchten gerne bei der Berliner Energieagentur Vattenfall und GASAG durch BSR und Städtische Wohnungsbau-Gesellschaften oder vielleicht sogar noch die Berliner Stadtgüter oder andere, die da infrage kommen, ersetzen. Ich glaube nicht, dass sich die beiden diesem Wunsch derzeit entziehen wollen. Ich halte das durchaus für eine sinnvolle Überlegung, das zusammen zu versuchen.

Die landeseigene Beteiligung, die wir haben, die Berliner Energieagentur, ist aus meiner Sicht am meisten geeignet, Kern eines Stadtwerks zu sein. Das ist jetzt eine persönliche Anmerkung. Statt jetzt ein neues zu gründen, bei dem dann Wohnungsbaugesellschaften, BSR und andere Gesellschafter sind, ist es doch sinnvoll, es erst einmal mit der Berliner Energieagentur zu probieren, wenn Vattenfall und GASAG bereit wären, sich ihre Anteile abkaufen zu lassen. Ich finde, das ist auf jeden Fall einen Versuch wert.

Ich möchte einen weiteren Aspekt nennen: Wir sind uns erst einmal sehr darüber einig, dass wir ein Stadtwerk wollen. Ich möchte aber auch klar sagen, wir wollen nicht ein Stadtwerk, um ein Stadtwerk zu haben, sondern es geht darum, ein Stadtwerk zu haben, um den Energiemix in Berlin drastisch zu verändern. Mit dem Stromvertrieb, ich glaube, das hat Herr Geißler auch deutlich machen können, werden wir hier nicht viel verändern. Es gibt 300 unterschiedliche Ökostromanbieter, wenn das stimmt. Das Entscheidende ist, wenn wir den Energiemix verändern wollen, dass wir in die Produktion und in die Energieeffizienz gehen. Bei der Produktion geht es nicht darum, die bestehenden Kapazitäten zu bündeln, sondern vor allem darum, neue zu schaffen. Dazu kann die Bündelung ein wichtiger Schritt sein, weil sie es uns ermöglicht, die vielen tausend Tonnen Klärschlamm, die wir nicht energetisch verwerten, endlich energetisch zu verwerten. Wir haben 100 000 Tonnen Laub, die wir im Moment nach Brandenburg karren, und da stoßen sie Methangas aus. Das könnten wir hier energetisch verwerten. Um solche Stoffe geht es, um zusätzliche Produktionen auch in landeseigenen Unternehmen.

Die andere Sache ist die Gebäudesanierung. Ich weiß, dass manche von Ihnen da immer wieder skeptisch auf diesen Vorschlag reagieren, den unsere Fraktion zunächst gemacht hatte, dass wir sagen: Lasst uns einem solchen Stadtwerk auch die Aufgabe anvertrauen, öffentliche Gebäude nicht nur bei der Gebäudetechnik, sondern auch bei der Gebäudehülle zu sanieren. Ich glaube, das macht Sinn. Zum einen, weil wir keine Alternative haben, wir schaffen es seit zehn Jahren nicht über den normalen Haushalt, und zum anderen, wenn wir ein Stadtwerk haben, das z. B. auch öffentliche Gebäude als Kern von dezentralen Nahwärmenetzen nutzt, wenn man da jemanden hat, der sich um die Gebäudetechnik kümmert, dann macht es Sinn, auch die Gebäudehülle gleich in einem Zug mit zu sanieren. Zudem haben wir da die Möglichkeit, über die relativ geringeren Eigenkapitalerwartungen, die ein solches Unternehmen hat, im Vergleich z. B. zu privaten Contractoren, da einen deutlich höheren energetischen Standard zu erreichen. Ich bitte Sie, gerade von den Koalitionsfraktionen und vom Senat, sehr genau zu überlegen, ob das nicht von Anfang an als eine Aufgabe dieses Stadtwerks definiert werden sollte, auch weil ich die Alternative dazu im Moment nicht sehe.

Zum Schluss möchte ich noch ein paar Fragen stellen: Herr Geißler! Wo sehen Sie denn die Geschäftsmodelle für ein solches Stadtwerk, die sich rechnen und über die sich eventuell Gewinne erzielen lassen, die dann in andere vielleicht nicht so gewinnträchtige Aktivitäten hineinfließen können?

An Herrn Dr. Taschner wäre die Frage, wie Sie eine solche Konstruktion, Berliner Energieagentur als Kern des Stadtwerks ohne Vattenfall und GASAG, aus Sicht des Energetisches bewerten würden.

Frau Gäde-Butzlaff! Habe ich das richtig verstanden, dass Sie in einer Struktur als BSR gerne dabei wären und Ihr Know-how und vielleicht auch die Reststoffe, die noch nicht verwertet werden, da einbringen würden? – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Herr Magalski!

**Philipp Magalski (PIRATEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, liebe Vortragende! Wir Piraten teilen die Einschätzung, dass wir die große Chance haben, gemeinsam ein ökologisches Stadtwerk auf den Weg zu bringen. Wir sehen auch schon den in sehr weiten Teilen gut gediehenen Vorschlag der Koalitionsfraktionen. Aber dennoch hat uns besonders Herr Taschner auf die deutlich sichtbaren Mängel hingewiesen, die diese Vorschläge enthalten. Ich will jetzt nicht noch mal auf alle Einzelheiten eingehen und diese wiederholen. Ich will an dieser Stelle nur noch mal bekräftigen, was uns Piraten ganz wichtig ist. Das ist an dieser Stelle, dass man in einem neu entstehenden Unternehmen nicht nur nach bereits geltenden Rechtsnormen handeln sollte und für eine Tochter der BSR das Informationsfreiheitsgesetz gilt. Das täte es dann ja ohnehin. Wir dagegen fordern innovative Transparenz, die eine Teilhabe ermöglicht, die einer modernen Stadtgesellschaft gerecht wird. – Das scheint niemanden zu interessieren. Egal, ich rede trotzdem weiter. – Wir fordern innovative Transparenz. Dazu gehört nicht nur eine proaktive Veröffentlichung von Vorstandsprotokollen, sondern auch öffentliche Vorstands- und Beiratssitzungen. Wie sich dieser obligatorische Beirat dann zusammensetzen soll, das steht im Siebten Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsverordnung. Da finden wir die Antwort. Allerdings muss man dann schauen, wie diese zusammengesetzt wird. Ob diese Bestellung nach D'Hondt oder nach Stärke der Fraktionen geschehen wird oder welches Verfahren, das muss man dann noch sehen. Das ist sicherlich dann noch eine kleinteilige Erkenntnis, die uns hoffentlich zuteil wird.

Weiterhin möchten wir anmerken, dass uns besonders die Möglichkeit einer Kooperation mit Brandenburg fehlt. Dazu wird es von uns unter TOP 3 einen Antrag geben, den wir vorstellen. Wir sind zudem gespannt, wie der Wirtschaftsausschuss in dieser Frage beraten wird. Wir werden dem beiwohnen und aufmerksam zuhören und dann unsere Meinungsbildung hierzu abschließend optimieren. – Danke!

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Dann darf ich mich für die Wortmeldungen und Fragen der einzelnen Fraktionen bedanken und würde den Anzuhörenden jetzt in umgekehrter Reihenfolge das Wort erteilen. – Herr Dr. Taschner! Wenn Sie die an Sie gerichteten Fragen als Erster beantworten würden.

**Dr. Stefan Taschner (Berliner Energietisch):** Das war im Wesentlichen nur eine Frage. Wie sehen wir als Energietisch eine mögliche Berliner Energieagentur als Nukleus? – Wir fordern natürlich ein berlineigenes Unternehmen. Das ist derzeit mit der Berliner Energieagentur so nicht machbar. Sollten allerdings GASAG- und Vattenfall-Anteile zurückgekauft werden, würde da möglicherweise eine neue Situation entstehen, die wir dann natürlich im Energietisch noch beraten müssen. Insofern ist es im Moment schwierig, eine abschließende Meinung kundzutun auf eine Entwicklung, die für mich erst mal so ein bisschen neu war. Wollen Vattenfall und GASAG überhaupt verkaufen? Das ist ja auch immer so eine Geschichte. Wollen die überhaupt raus? Wir würden – das gilt eigentlich generell – jegliche Sachen prüfen und natürlich schauen: Wie lassen sich die Ziele umsetzen? Und sollte es möglich sein, dass die Ziele, die der Energietisch hat, in einer Konstruktion mit der Berliner Energieagentur als Nuk-

leus, als Stadtwerk durchsetzbar sind, dann sind wir die Letzten, die sagen: Nein, das geht gar nicht, weil wir gesagt haben, wir wollen unbedingt ein eigenes Stadtwerk. – Uns geht es, wie gesagt, nicht um das Stadtwerk. Uns geht es um die Ziele und wie wir die erreichen können. Möglicherweise ist das auch mit einer Berliner Energieagentur möglich.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Vielen Dank! – Herr Geißler!

**Stefan Geißler** (Berliner Energieagentur): Vielen Dank, auch für die Fragen! Ich fange in der Reihenfolge an, wie ich sie wahrgenommen habe. – Herr Buchholz! Bei Ihnen habe ich verstanden, war vorwiegend die Fokussierung auf Fernwärme, sprich: auf ein Potenzial bei zusätzlicher Erschließung von Wärmesenken, wie wir das sagen. Das habe ich eigentlich in meinen Zahlen impliziert. Ich habe von 2 000 BHKWs gesprochen, die bis 2020 technisch-wirtschaftlich realisierbar sind. Davon wären auch einige, die in fernwärmeähnlichen Situationen zu erschließen sind. Ich habe im Moment noch nicht kalkuliert, inwieweit denn ein Zugang zum Fernwärmenetz eine noch höhere Anzahl von Produktionseinheiten aus BHKWs – – Ob die dann am Ende nun erneuerbar betrieben werden – über Biogas u. Ä. – oder eben noch über Erdgas, sei dahin gestellt, heißt aber im Ergebnis: Sollte es eine Situation regulatorischer Art geben, wo ein Zugang zum Fernwärmenetz möglich wäre, wäre mit Sicherheit noch ein höheres Potenzial technisch-wirtschaftlicher Art vorhanden, das auch für ein Stadtwerk zur Verfügung stünde.

Klar sagen möchte ich aber, dass die technischen Rahmenbedingungen zur Einspeisung in dieses vorhandene Fernwärmenetz nicht einfach sind. Wir haben entsprechende Temperaturniveaus zu beachten. Wir haben auch Druckstufen zu beachten, die insbesondere für dezentrale Anlagen nicht per se und nicht ohne Wirkungsgradverlust, um das einmal deutlich zu sagen, machbar sind. Insofern muss das noch konkret kalkuliert werden. Wenn Sie als Land den Zugang zum Fernwärmenetz eigentumsrechtlich oder über gesetzliche Grundlagen wie auch immer sichern wollen, wäre das selbstverständlich für den Ausbau von zusätzlichen Potenzialen hilfreich. Das kann ich eindeutig so beantworten.

Zu Herrn Wolf bezogen auf die Frage: Welche Kompetenzen sind rund um das Thema Stromvertrieb und vor allen Dingen auch Stromhandel grundsätzlich nötig? – Selbstverständlich ist es so, dass Sie neben einem Bilanzkreismanagement natürlich auch ein Beschaffungsmanagement und damit verbunden auch noch ein Risikomanagement aufbauen müssen – das in weiten Teilen natürlich IT-gestützt ist, da haben Sie vollkommen recht. Diese Kompetenzen haben wir aktuell für unsere bisherigen, eher objektbezogenen Tätigkeiten nur in kleinem Umfang zugekauft. Ich würde auch für ein Geschäftsmodell eines Öko-Stadtwerkes, wie ich es mir jetzt quasi vorgestellt habe, auch dort einen Zukauf dieser Kompetenzen am Markt für die wirtschaftlichste Variante halten, weil all diese Kompetenzen, ob nun Risikomanagement oder Bilanzkreismanagement, von vielen Anbietern gut angeboten werden und dann einfach die wirtschaftlichste Situation in der Beschaffung genutzt werden sollte. Noch mal: Ich halte es dennoch für wichtig – und das haben wir im Moment tatsächlich schon im eigenen Haus –: Sie brauchen Counterparts dafür, um eben auch solche Dienstleister, wie auch immer sie dann heißen, zu steuern.

Dann komme ich zu der dritten Frage, die von Herrn Schäfer kam: Wo ist eigentlich der Business Case? – Ich versuche, das noch mal mit einigen Worten zusammenzufassen und das vielleicht in dem direkten Vergleich zu dem, was in Hamburg passiert ist. Man kann sagen, Hamburg hat über HAMBURG ENERGIE schon einiges geleistet. Dann müssen wir uns mal angucken, was die eigentlich genau geleistet haben. Was ich sage, ist: Der Erfolg eines Öko-Stadtwerkes in Berlin wie in anderen Städten hängt klar davon ab: Wird man Eigner und neue Erzeugungskapazitäten aufbauen können und die geeignet vertreiben? Warum? – Wir brauchen einen Vertrieb, um zukünftiges Potenzial überhaupt erst einmal zu sichern, aber natür-

lich liegt der Business Case, Herr Schäfer, sehr deutlich darin, dass sie selbst in geeigneter Weise Strom produzieren. Dort ist auch eine Marge, die weit über dem liegt, was ich mal zwischen ein und zwei Cent genannt habe vor Vertriebskosten. Dort liegt tatsächlich ein Business Case. Das ist auch das, was wir heute über viele Jahre in der Objektversorgung sehen. Wir können aktuell Strompreise, die niedriger als zehn Prozent am Markt sind, in unseren Objekten aus den BHKWs bieten. Wir haben Anschlussquoten in diesen Objekten, die auf freiwilliger Basis funktionieren, also klar: Jeder einzelne Haushalt wählt seinen Strom bei uns oder er wählt ihn am Markt. Wenn man dort sieht, dass wir aktuell mit dieser Preisstellung, mit dieser Erzeugungsstruktur im Objekt rund 80 Prozent der Kunden, also der Mieterinnen und Mieter erschließen können, dann zeigt das, wo der eigentliche Business Case ist, nämlich wenn man eine eigene Erzeugung objektbezogen hat – heißt: bezogen auch auf das potenzielle Berliner Öko-Stadtwerk, dass es natürlich mit einem verschärften Ausbau zunächst mal von objektbezogenen Einheiten vorangehen muss und darüber auch noch ein größerer Kundenstamm erschlossen werden kann, das also quasi parallel läuft.

Ich hatte Ihnen gesagt, ich habe das mal selbst mit Hamburg verglichen. Wenn Sie sich das angucken, auch im Vergleich zu Berlin-Energie, die von Ihnen angesprochen wurde: Berlin-Energie hat aktuell ein Stammkapital von 2,5 Millionen Euro, und die HAMBURG ENERGIE hat über Gesellschafterdarlehen und entsprechende Einlagen 10 Millionen Euro. HAMBURG ENERGIE hat aktuell 23 PV-Anlagen – „nur“ –, ich habe Ihnen gesagt, wir haben 44. Hamburg hat erst vier BHKWs, wir haben – Stand heute – 58, nur um das mal in Relation zu bringen. Würden wir beispielsweise über eine kooperative Struktur über möglicherweise Eigentumsdinge, die Sie zu besprechen haben – die hat ja die Politik zu entscheiden und nicht ich –, würden wir eine entsprechende Stammkapitalerhöhung in der Größenordnung vom Hamburg, die man sicherlich braucht, um entsprechendes Stromkundenpotenzial noch zu erschließen und Erzeugungskapazitäten mit Marktbedingungen auch zu bauen, bekommen, dann wären wir heute schon deutlich weiter als das, was Hamburg mit großem Aufwand bisher erreicht hat.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Danke schön! – Frau Gäde-Butzlaff!

**Vera Gäde-Butzlaff** (Berliner Stadtreinigungsbetriebe): Vielen Dank! – Es gab eine Sachfrage von Herrn Buchholz. Ich habe in der Tat nur ein Parameter genannt. Wir liefern 1,1 Millionen Tonnen Dampf pro Jahr an Vattenfall, und die Zahl, die ich genannt hatte mit 180 000 Megawattstunden pro Jahr bezog sich auf den Strom. Dazu kommen 640 000 Megawattstunden pro Jahr Dampf.

Zur Vertragslaufzeit kann ich noch mal sagen: Wir sind im Moment bis Ende 2017 vertraglich gebunden. Wir haben jetzt eine Frist: Bis Ende 2013 wäre die Möglichkeit, weitere Kooperationen zu vereinbaren. In dieser Frist muss auch Klarheit zu diesem Thema kommen. Denn Investitionen für Turbinen u. Ä. sind für uns mit Zeitaufwand verbunden, und natürlich will auch Vattenfall wissen, die diese Turbinen ja nur für uns noch vorhalten, wie es im Einzelnen weitergeht. Das wäre der Zeitraum, den ich nennen könnte. Und, wie gesagt, wir als BSR könnten diese Investitionen machen und dann statt an Vattenfall an ein kommunales Stadtwerk vermarkten, oder es könnte auch die Gesellschaft, das Stadtwerk, diese Investitionen machen, und wir werden eben weiter vermarkten. Darüber muss man reden.



Die anderen Punkte, die hier angesprochen wurden, waren ein bisschen die Interpretation meines Vortrages. Vielleicht noch mal deutlich: Natürlich nehmen wir unseren Eigentümer äußerst ernst und auch Pläne, insbesondere dann, wenn sie – das macht noch mehr Freude – mit Intentionen, die man inhaltlich mittragen kann, verbunden sind. Allerdings nehmen wir auch die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen sehr ernst. Danach ist der Aufgabenbereich der BSR deutlich begrenzt, was wiederum beinhaltet, dass es im Moment ausgeschlossen ist, mit großen Aufträgen oder Ähnlichem konkrete Businesspläne, die Herr Melzer, Herr Wolf, Herr Schäfer zu Recht als Voraussetzung genannt haben, zu finanzieren. Da muss ich sagen, dass ich sehr dankbar bin, dass jetzt in den Gesprächen mit der Senatsverwaltung und mit Herrn Senator Müller die Bereitschaft erkennbar war, dass das von der Exekutive geleistet werden muss. Denn um das Ganze umsetzen zu können, müssen wir erst einmal genau wissen, wohin es läuft. Deshalb ist auch für uns diese Anhörung ganz wichtig, weil deutlich geworden ist, man ist noch auf der Suche.

Zusammengefasst: Es bleibt dabei. Ja, wir möchten daran teilhaben. Wir sehen uns als kommunaler Betrieb und diesem Gedanken verpflichtet. Die Frage, in welcher Rechtsform und mit welchem Gesellschafter das dann passiert, sollte möglichst bald, auch wegen der Zeitproblematik, die ich im Zusammenhang mit Vattenfall beschrieben habe, entschieden werden. Und dann ist die Beantwortung der Fragen, die hier alle aufgetaucht sind, von Belang. Wir brauchen das Know-how. Wir müssen wissen, wie die Kapitalausstattung ist. Wir müssen wissen, ob wir das gleiche Verständnis davon haben, dass solch ein Stadtwerk erst mal einen hohen Kapitalbedarf hat und man außerdem gemeinsam einen langen Atem braucht. Wenn das alles geklärt ist, dann, denke ich, werden wir uns weiter und auch in den Gesprächen mit der Senatsverwaltung mit allem, was wir zur Verfügung haben, in diese Diskussion einbringen. Was wir im Moment nicht können, ist, auf Verdacht Unternehmenskonzepte oder Businesspläne erstellen. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Vielen Dank! – Herr Schäfer!

**Michael Schäfer (GRÜNE):** Ich habe schon noch eine Frage an die Kollegen von den Koalitionsfraktionen: Wie ist denn hier der weitere Zeitplan? Es deutet sich ja an, dass es zumindest – ich sage es mal vorsichtig – sinnvoll ist, Alternativen zu diesem Konzept zu entwickeln, das Stadtwerk als Tochter der BSR anzusiedeln. Wenn Sie das in zwei Wochen hier noch mal beraten wollen – oder in vier –, dann fände ich es sinnvoll, wir würden uns mal in einer kleinen interfraktionellen Arbeitsgruppe zusammensetzen und auch andere Modelle zusammen durchgehen. So schön die Sitzung war, wir müssen nicht auf die nächste warten. Wir könnten in der Sache auch so versuchen, gemeinsam voranzukommen. Denn, wie gesagt, das Zeitfenster ist relativ eng, um eine unnötige Konfrontation zu vermeiden.

**Vorsitzender Dr. Manuel Heide:** Wie gesagt, wenn Parlamentarier miteinander reden, halte ich das immer für sinnvoll. Die parlamentarische Beratung sieht so aus, dass ich jetzt abwarte, bis wir das Wortprotokoll haben und dass ich das dann relativ zeitnah wieder auf die Tagesordnung dieses Ausschusses setze, damit wir auch diese Anträge haben. Wenn man sich zwischenzeitlich interfraktionell über ein entsprechendes Vorgehen einigt, würde ich das sehr begrüßen, aber wir sollten jetzt darüber nicht hier im Ausschuss untereinander debattieren. Wir haben morgen ein Übermaß an Zeit, insofern kann ich mir schon vorstellen, dass sich diejenigen, die dort etwas zu sagen haben oder meinen, mal zusammensetzen und gucken, welche Gemeinsamkeiten man da eruieren kann. Das wäre mein Vorschlag. – Gut. Das ist

hier scheinbar Konsens, was ich auch für sehr sinnvoll erachte. Dann darf ich mich bei Ihnen, die Sie als Anzuhörende uns heute zur Verfügung gestanden haben, recht herzlich bedanken – [Allgemeiner Beifall] –, wünsche Ihnen weiter viel Erfolg, und, ich würde sagen, wir bleiben ja auch in Kontakt, das heißt, das bezieht sich jetzt nicht nur auf die Debatte der Parlamentarier untereinander, sondern selbstverständlich auch auf die Gespräche mit Ihnen, den Anzuhörenden.

### Punkt 3 der Tagesordnung

- |   |   |
|---|---|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs<br><b>Berliner Energiewendegesetz: Zeitplan, Inhalt und Kommunikation in die Stadtgesellschaft</b><br>(auf Antrag der Fraktion Die Linke) | <a href="#">0062</a><br>StadtUm                         |
| b) Antrag der Fraktion Die Linke<br>Drucksache 17/0636<br><b>Energiewende sozial gestalten (I) – ungerechtfertigte Industriprivilegien abschaffen</b>                               | <a href="#">0065</a><br>StadtUm(f)<br>Haupt<br>WiFoTech |
| c) Antrag der Fraktion Die Linke<br>Drucksache 17/0637<br><b>Energiewende sozial gestalten (II) – Strompreisaufsicht einführen</b>  | <a href="#">0066</a><br>StadtUm(f)<br>Haupt<br>WiFoTech |
| d) Antrag der Fraktion Die Linke<br>Drucksache 17/0638<br><b>Energiewende sozial gestalten (III) – Stromsperrern verbieten</b>  | <a href="#">0067</a><br>StadtUm(f)<br>Haupt<br>WiFoTech |
| e) Antrag der Piratenfraktion<br>Drucksache 17/0700<br><b>Ein Energiepakt für Berlin</b>  | <a href="#">0074</a><br>StadtUm(f)<br>Haupt<br>WiFoTech |

Vertagt.

### Punkt 4 der Tagesordnung

- |  |  |
|--|--|
| Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen<br>Drucksache 17/0702<br><b>EFRE-Strategie 2014 – 2020 „Berlin 2020 – Mit der Energiewende die Wirtschaft stärken“</b> | <a href="#">0079</a><br>StadtUm<br>WiFoTech(f) |
|--|--|

**Michael Schäfer** (GRÜNE) erklärt, dass seine Fraktion mit dem vorliegenden Antrag beabsichtigt, das Operationelle Programm Berlins stärker für die Energiewende zu nutzen.

**Staatssekretär Christian Gaebler** (SenStadtUm) teilt mit, dass der Senat derzeit intern über die Programme der nächste Förderperiode berate. Unter Berücksichtigung der neuen – noch nicht beschlossenen – Zielsetzungen der Kommission strebe seine Verwaltung an, über die reine CO<sub>2</sub>-Reduzierung hinaus Umweltförderung zu betreiben. Eine entsprechende Anmeldung sei an die Wirtschaftsverwaltung ergangen. Die dazu notwendigen Abstimmungen seien noch nicht beendet.

**Daniel Buchholz** (SPD) schließt aus dem Vortrag von Staatssekretär Gaebler, dass sich der Antrag durch Senatshandeln erledigt habe.

**Michael Schäfer** (GRÜNE) wendet ein, dass Verhandlungen keineswegs als Erledigung zu verstehen seien.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem federführenden Ausschuss WiFoTech die Ablehnung des Antrags – Drucksache 17/0702.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

##### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.